



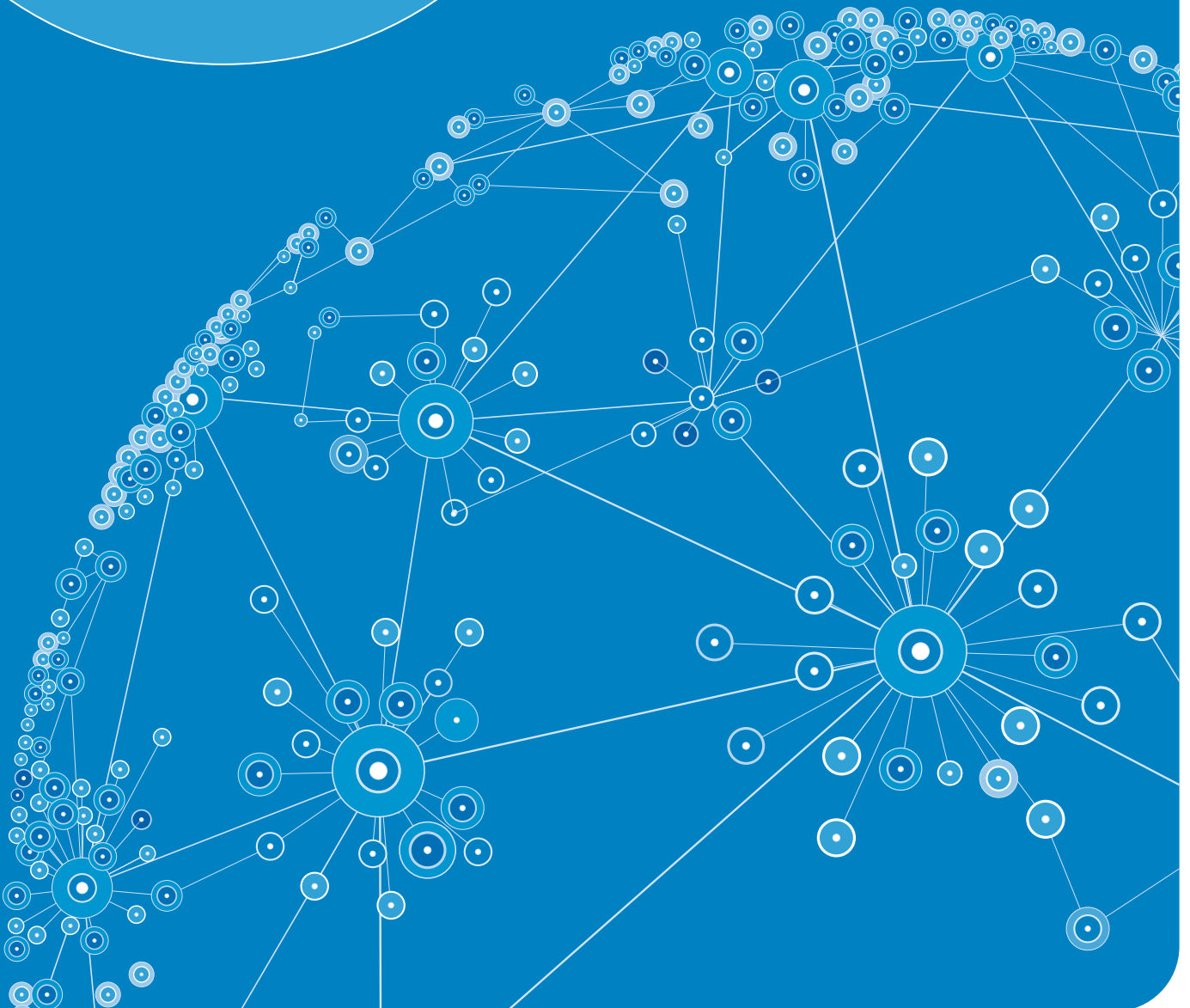
DIE COVID-19-KRISE

FOLGEN UND LEHREN FÜR DIE EUROPÄISCHE SOZIALDEMOKRATIE

LÄNDERSTUDIE

SCHWEDEN

Dezember 2022





VORWORT

Dieser Länderbericht ist Teil der Vergleichsstudie *Covid-19 und seine Auswirkungen auf die europäische Sozialdemokratie*, die die Foundation for European Progressive Studies (FEPS) und die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) – in der ersten Phase mit Unterstützung des Cattaneo-Instituts in Bologna – durchgeführt und unter maßgeblicher Mitwirkung des Amsterdamer Forschungsinstituts Kieskompas erfolgreich abgeschlossen haben. Der Bericht ist einer von sechs Länderberichten, auf denen die vergleichende Studie aufbaut, und bietet eine detaillierte Sicht auf Schweden.

Zu Beginn der Studie 2020 wollten die Projektverantwortlichen die Einstellungen der Bürger*innen während und nach der Pandemie untersuchen. Diese Einstellungen wurden im Zuge der weiteren Ausbreitung von COVID-19 in den beiden von Dynata vor Ort durchgeführten Erhebungswellen zu zwei verschiedenen Zeitpunkten (Dezember 2020/Januar 2021 und Oktober/November 2021) erfasst. Dabei zeigte sich, dass die Ansichten der Befragten sich während der tiefgreifenden Krise teilweise veränderten. Da alle beteiligten Partner ein möglichst genaues und umfassendes Meinungsbild erstellen wollten, beinhaltete die Umfrage schließlich 13 soziodemografische und 63 thematische Fragen. Diese Fragen ermöglichten eine Unterteilung der umfangreichen Daten, die in sechs Ländern (Frankreich, Spanien, Italien, Deutschland, Schweden und Polen) in einem Sample von 1.000 Bürger*innen pro Land jeweils zweimal erhoben wurden. Dank Kreuztabellen und Überschneidungsanalysen zur Wahlneigung ließen sich in Bezug auf die Trends in verschiedenen Gruppen sehr konkrete Antworten eruieren. Besonderes Augenmerk wurde dabei natürlich auf die Meinungen der Wählerschaft und Sympathisierenden aus dem Mitte-Links-Spektrum gelegt. In diesem Sinne sollen die folgenden Seiten und insbesondere die Abschnitte mit der Überschrift »Die wichtigsten Ergebnisse« der Politikberatung dienen.

Nach der ersten Erhebungswelle hatten FEPS und FES die ersten Ergebnisse auch in den Kreisen der Sachverständigen aus den sechs betroffenen Ländern intensiv diskutiert. Dabei ging es darum, die gewonnenen Erkenntnisse in einen länderspezifischen Kontext zu stellen und sowohl die Gemeinsamkeiten als auch die Unterschiede im Gesamtvergleich zu verdeutlichen. Diese Debatten fanden in Form von geschlossenen Diskussionsrunden statt, an denen Mitglieder der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments, Akademiker*innen, Gewerkschafter*innen, Expert*innen der Zivilgesellschaft, Parteistrategen und Meinungsforscher*innen, Jugendvertreter*innen und Publizist*innen teilnahmen. Die Projektverantwortlichen danken all diesen Personen für ihre Zeit, ihren Enthusiasmus und ihre Beiträge. Die mehr als 200 Teilnehmenden können leider an dieser Stelle nicht alle namentlich genannt werden. Unser Dank gilt auch den Organisationen, die bei der Durchführung der Veranstaltungen geholfen haben – insbesondere dem Ignacy- Daszynski-Zentrum (Centrum im. Ignacego Daszynskiego, CID), dem Olaf Palme Center, der Fundación Pablo Iglesias und der Fundació Rafael Campalans sowie den FES-Regionalbüros in Madrid, Stockholm, Warschau, Paris und Rom. Die bei diesen Veranstaltungen gewonnenen Erkenntnisse waren für die Fertigstellung sowohl der Länderfallstudie als auch des vergleichenden Berichts besonders relevant.

Vor diesem Hintergrund freuen wir uns, dieses Dokument einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, und danken nochmals dem Cattaneo-Institut (mit Salvatore Vassalo, Moreno Mancuso und Federico Vegetti) für die Zusammenarbeit bei der Erstellung des Fragebogens



und der Datenerfassung, Dynata für die Durchführung der beiden Erhebungswellen und dem Team von Kieskompas (mit André Krouwel und Yordan Kutiyski), das in mehreren Durchgängen mit uns zusammengearbeitet und diese wichtigen Dokumente fertiggestellt hat. Schließlich möchten wir uns bei unseren Kolleg*innen bedanken – hier vor allem bei Céline Guedes von der FEPS und Adriana Hornung von der FES, die die gesamten organisatorischen Aufgaben geschultert haben.

Dr. Ralf Hexel

Friedrich-Ebert-Stiftung

Dr. Ania Skrzypek

Foundation for European Progressive Studies

INHALT

○	ZUSAMMENFASSUNG: DIE SCHWEDISCHE BEVÖLKERUNG HÄTTE NOCH STRENGERE MASSNAHMEN BEGRÜSST	4
○	DATENERHEBUNG UND METHODISCHER ANSATZ	6
①	FÜR DIE MEHRHEIT DER SCHWEDEN BLIEBEN NACH EIGENER AUSSAGE DIE ARBEITSBEDINGUNGEN WEITGEHEND UNVERÄNDERT	8
②	ZWEI VON ZEHN PERSONEN GLAUBEN, DAS CORONA-VIRUS SEI ABSICHTLICH VON CHINA FREIGESETZT WORDEN	24
③	JUNGE WÄHLERINNEN UND WÄHLER BLICKEN 2022 OPTIMISTISCH IN DIE WIRTSCHAFTLICHE ZUKUNFT	30
④	DIE SCHWEDISCHE BEVÖLKERUNG HAT NACH WIE VOR GROSSES VERTRAUEN IN DIE WISSENSCHAFT	38
⑤	DER ZUSPRUCH ZU SD, V UND M IST ZU LASTEN ANDERER PARTEIEN DEUTLICH GESTIEGEN	52
⑥	BEI SD UND V IST DER ANTEIL DER WÄHLERINNEN UND WÄHLER MIT MITTLEREM UND NIEDRIGEM BILDUNGSNIVEAU AM HÖCHSTEN	56
○	AUTOREN	60
○	IMPRESSUM	65



ZUSAMMENFASSUNG

DIE SCHWEDISCHE BEVÖLKERUNG
HÄTTE NOCH STRENGERE
MASSNAHMEN BEGRÜSST



- 1) Die Covid-19-Pandemie hat die politischen und gesellschaftlichen Gräben in Europa vertieft, aber nach Auswertung der in dieser Länderstudie verwendeten Daten erscheint Schweden als ein Sonderfall: Viele Schwed*innen sehen die Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der Pandemie kritisch, aber im Unterschied zu anderen Ländern ist der Grund für diese kritische Haltung vor allem eine Bevorzugung strenger Maßnahmen und nicht der Wunsch nach mehr individuellen Freiheitsrechten.
- 2) Es ist bemerkenswert, dass die Meinungen der Befragten sich von 2020 bis 2021 größtenteils nicht wesentlich verändert haben. Recht wesentliche Veränderungen des Meinungsbildes zeigen auf, dass trotz der gewachsenen Zustimmung zu den Anti-Covid-Maßnahmen in den meisten demografischen Gruppen bei den meisten Schwed*innen zugleich die Unzufriedenheit mit der Verteilung öffentlicher Gelder größer geworden ist.
- 3) Auch werden die Maßnahmen gegen die Pandemie zunehmend als antidemokratisch wahrgenommen. Diese zunehmend kritische Haltung ging mit einer Erosion des Vertrauens in die Institutionen und einer wachsenden Sorge über den Klimawandel einher; im Unterschied zu anderen Ländern hat sich das Empfinden, dass die Gesellschaft auseinanderdriftet, sehr viel weniger verstärkt als in anderen Ländern.
- 4) Die Ansichten der Wähler*innen bestimmter Parteien und verschiedener demografischer Gruppen sind von einem Jahr zum anderen weitgehend unverändert geblieben: In Bezug auf das Vorgehen während der Pandemie und die allgemeine Zufriedenheit mit der Regierungsführung äußern die Wähler*innen, die die Parteien der vorherigen Regierung – SAP, MP und C – unterstützt haben, die größte Zufriedenheit mit dem Umgang mit der Pandemie, haben das größte Vertrauen in die Institutionen und sind am häufigsten bereit, den Empfehlungen der Regierung in Zusammenhang mit der Pandemie zu folgen.
- 5) Die Wählerschaft der rechten Parteien KD, L und SD sind wegen der Pandemie am stärksten besorgt, steht den Regierungsmaßnahmen kritischer gegenüber und ist der Meinung, dass zum Schutz der öffentlichen Gesundheit strengere Maßnahmen erforderlich sind.
- 6) Auf der anderen Seite ist bei den Wähler*innen von SAP, V und C die Zustimmung zum Umgang mit der Pandemie am größten.
- 7) Dass SD-Wähler*innen andere, konservativere und regierungskritischere Meinungen vertreten als der Rest der Wählerschaft, ist klar, aber überraschend ist, dass die Wählerschaft von L sehr ähnliche Meinungen vertritt wie die SD-Anhänger, wenn es um die Pandemie geht.
- 8) Die Ergebnisse zeigen noch eine weitere Tendenz: Viele unzufriedene schwedische Bürger*innen sind ideologisch nicht eindeutig festgelegt: Sie identifizieren sich weder mit dem linken noch mit dem rechten Teil des politischen Spektrums. Diese Wählergruppe ist vor allem in der Wählerschaft von SD und MP vertreten. Diese Befragten stehen der Pandemiepolitik tendenziell kritisch gegenüber, sind weniger einwanderungsfreundlich und machen sich weniger Sorgen wegen des Klimawandels als die meisten anderen demografischen Gruppen.
- 9) Andererseits ist bei den Befragten, die sich selbst dem linken Spektrum zuordnen, die Zustimmung zur Regierungspolitik und der allgemeinen Gesellschaftsordnung sehr viel höher.
- 10) Viele Befragte, die sich selbst dem rechten Spektrum zuordnen, vertreten oft ähnlich kritische Meinungen wie die politisch-ideologisch nicht Festgelegten, aber dieses Phänomen ist bei ihnen stärker ausgeprägt als bei den politisch-ideologisch nicht Festgelegten.
- 11) Was die demografische Zusammensetzung betrifft, so sind Grundmisstrauen und Politikverdrossenheit bei den Bürger*innen mit niedrigerem Bildungsniveau und insbesondere bei Menschen mit schwieriger Einkommenslage am stärksten vertreten: Diese Befragten sind im Vergleich zu anderen demografischen Gruppen haben ein sehr viel stärkeres Grundmisstrauen und sind sehr viel einwanderungsfeindlicher, klimaschutzfeindlicher und generell unzufriedener mit der Regierung. Sie haben auch die kritischste Einstellung gegenüber der Europäischen Union und bezweifeln, dass der Klimawandel gravierende Auswirkungen auf künftige Generationen haben wird.
- 12) Was das Alter betrifft, so sind die älteren Generationen weniger stark von negativen Auswirkungen der Pandemie in Form von sich verschlechternden Lebens- und Arbeitsbedingungen betroffen. Das erklärt, warum in den älteren Generationen die Zustimmung zu den Anti-Covid-Maßnahmen sehr viel größer ist.
- 13) Insgesamt zeigen die Daten auf, dass trotz vieler unterschiedlicher und oftmals polarisierter Meinungen die Mehrheit der schwedischen Bürger*innen politisch gemäßigt ist, relativ großes Vertrauen in ihre Regierung und ein hohes Maß an Vertrauen in die Institutionen hat, Einwanderung als Gewinn für die Gesellschaft betrachtet und sich wegen des Klimawandels sorgt. Der EU-Mitgliedschaft ihres Landes steht allerdings ein wesentlicher Teil der Befragten ablehnend gegenüber.



DATENERHEBUNG UND METHODISCHER ANSATZ



Diese Länderstudie liefert einen detaillierten Überblick über die öffentliche Meinung in Schweden, indem er die Einstellungen verschiedener demografischer und politischer Gruppen vergleicht. Die Befragten wurden nach Geschlecht, Alter, Bildungsstand, wirtschaftlichem Wohlstand und ideologischer Ausrichtung eingeteilt. Vor allem aber wurden Wählergruppen anhand der aktuellen Wahlabsicht der Befragten ermittelt. Der Vergleich dieser Bürger*innenkategorien soll es politischen Entscheidungsträger*innen und Wahlkämpfer*innen gleichermaßen ermöglichen, fundierte Entscheidungen im Hinblick auf bestimmte Zielgruppen zu treffen.

In der Ergebnisauswertung werden die Antworten der oben genannten Befragten auf die verschiedenen geschlossenen Fragen der Erhebung miteinander verglichen. Mit Hilfe von Fragen zu ein und demselben Thema (beispielsweise zur Zustimmung zu Maßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie), für die anstelle von ordinalen Antwortkategorien eine Skala verwendet wird, wurden Indizes erstellt, nachdem zuvor in einer Reliabilitätsanalyse verifiziert wurde, dass jeweils dieselbe Begrifflichkeit erfasst wird. Für diese Indizes wird der Mittelwert jeder Befragtengruppe geschätzt; anschließend werden die Gruppen in zweidimensionalen Streudiagrammen dargestellt, die zwei Indizes beinhalten. Auch hier wurden für jede Wählergruppe die durchschnittlichen Mittelwerte zwischen den beiden Erhebungswellen berechnet.

Dynata hat im Dezember 2020/Januar 2021 bzw. im Oktober/November 2021 in Koordination mit dem Cattaneo-Institut in zwei Erhebungswellen Daten in diesen sechs Ländern erhoben: Frankreich, Deutschland, Italien, Polen, Spanien und Schweden. In Schweden nahmen 1005 Befragte an der ersten und 1009 Befragte an der zweiten Befragungswelle teil. Die Auswahl ist für die demografische Zusammensetzung und die politischen Präferenzen der schwedischen Bevölkerung repräsentativ. Die Fragebögen beider Erhebungswellen enthielten überwiegend sich überschneidende Fragen, so dass die öffentliche Meinung zu verschiedenen sozioökonomischen Themen im Zeitverlauf verglichen werden konnte. Da die Meinungsunterschiede zwischen den beiden Erhebungswellen in Bezug auf die in beiden Fragebögen enthaltenen Fragen minimal waren, werden für diese Fragen – von einigen Ausnahmen abgesehen – die durchschnittlichen Prozentsätze und Mittelwerte angegeben. Folgende Fragen waren nur in der ersten Erhebungswelle enthalten; für diese Fragen werden hier deshalb nur Ergebnisse aus dieser Welle aufgeführt:

- In der Frage, wie gut die nationale Regierung bei ihrer Reaktion auf die Corona-Pandemie auf kurze Sicht die Sicherung von Arbeitsplätzen und den Schutz der öffentlichen Gesundheit gegeneinander abgewogen hat, gehen die Meinungen auseinander.
- Es gibt unterschiedliche Auffassungen darüber, wie gut die nationale Regierung bei ihrer Reaktion auf die Corona-Pandemie den Schutz der öffentlichen Gesundheit und den Schutz der individuellen Freiheit gegeneinander abgewogen hat.

- Einige wollen sich so schnell wie möglich gegen Covid-19 impfen lassen; andere halten eine Impfung für zu riskant. Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie sich impfen lassen, wenn die Gesundheitsbehörden Ihnen ein Impfangebot machen?
- Haben Sie auf Ihrem Smartphone den Covid Symptom Tracker installiert?

Darüber hinaus wurden mehrere Fragen erst im Fragebogen der zweiten Erhebungswelle gestellt, so dass nur Ergebnisse und Fragen aus dieser Welle aufgeführt sind:

- Einige sind der Meinung, dass die Covid-19-Impfung für alle verpflichtend sein sollte, um die Pandemie zu stoppen; andere vertreten die Ansicht, es sollte den Menschen grundsätzlich freistehen, ob sie sich impfen lassen wollen oder nicht.
- Hat Ihre eigene wirtschaftliche Situation sich im Vergleich zu Ende 2020 verschlechtert oder verbessert, oder ist sie unverändert?
- Meinen Sie, dass Ihre eigene wirtschaftliche Situation in den nächsten 12 Monaten sich verbessert, sich verschlechtert oder unverändert bleibt?

Die Indizes zur Ermittlung von Verschwörungsglauben und populistischen Einstellungen wie auch die Frage nach der Bewertung des Programms »NextGenerationEU« wurden ebenfalls nur in der zweiten Welle erhoben, so dass auch bei diesen Themen nur Daten aus der zweiten Welle ausgewertet werden.



KAPITEL 1

FÜR DIE MEHRHEIT DER SCHWEDEN
BLIEBEN NACH EIGENER AUSSAGE
DIE ARBEITSBEDINGUNGEN
WEITGEHEND UNVERÄNDERT

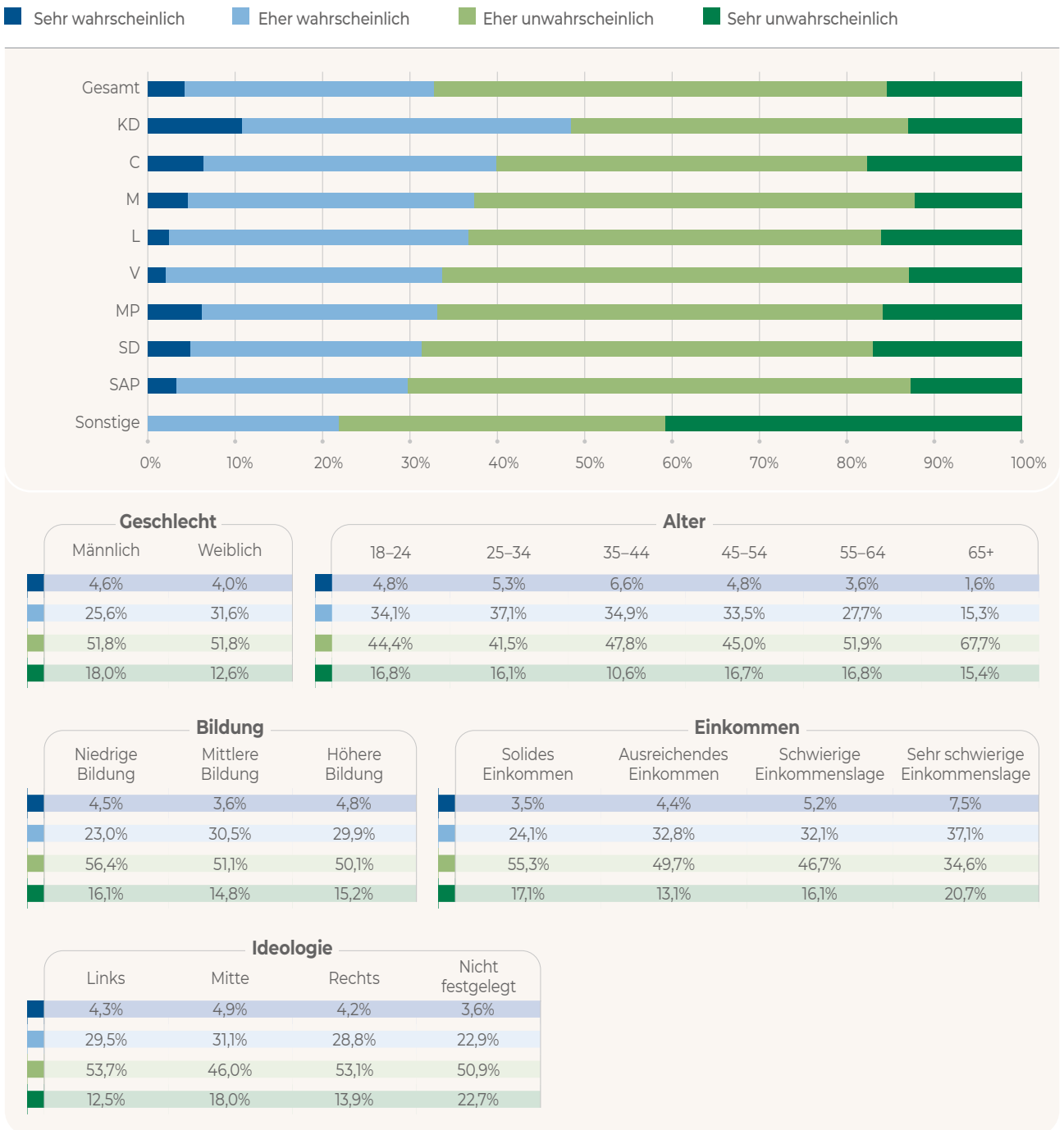


Wahrscheinlichkeit, sich mit dem Virus zu infizieren, und Ausmaß der Besorgnis

Trotz der Gefahr, die von Covid-19 ausgeht, hält die große Mehrheit der schwedischen Bürger*innen (67,1 Prozent) es für unwahrscheinlich, dass sie sich mit dem Virus infiziert. Die Wählerschaft von KD geht am häufigsten davon aus, sich anzustecken, während Wähler*innen von SAP und SD am wenigsten an eine mögliche Ansteckung glauben. Was

die demografische Zusammensetzung betrifft, ist die Zahl derjenigen, die eine Ansteckung mit dem Virus für weniger wahrscheinlich halten, bei Frauen, jüngeren Menschen und Personen mit höherem Bildungsniveau und bei Einkommensschwächeren am höchsten. Nimmt man die ideologische Ausrichtung zum Maßstab, halten ideologisch nicht festgelegte eine Ansteckung mit Covid-19 für weniger wahrscheinlich als die ideologisch festgelegten Befragten.

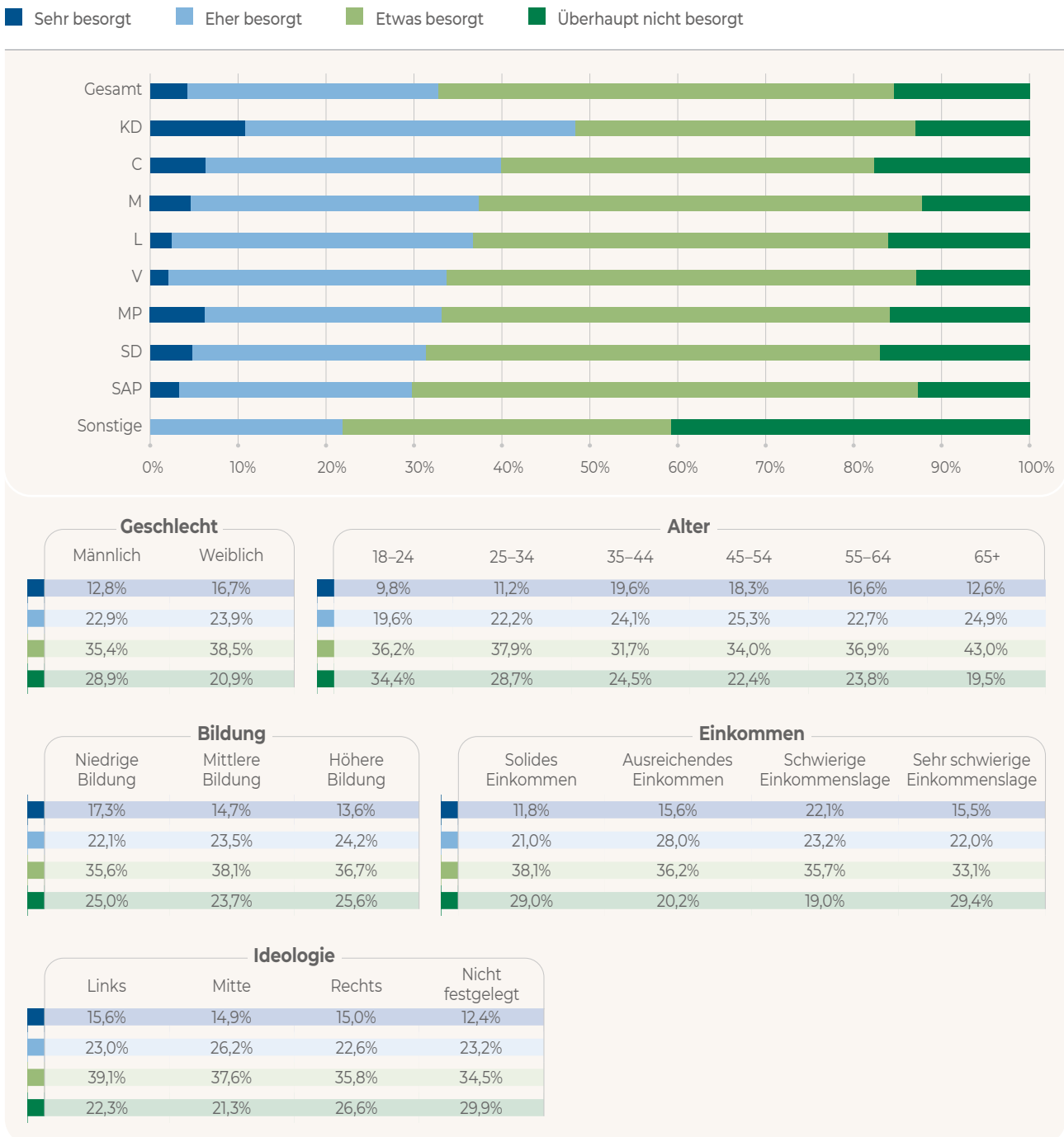
Abbildung 1 / Q22 – Für wie wahrscheinlich halten Sie es, sich mit Corona zu infizieren?



In Bezug auf die persönliche Gesundheitsgefährdung durch das Corona-Virus zeigt die Mehrheit der schwedischen Bevölkerung (fast 80 Prozent) sich zumindest leicht besorgt. Die Wählerschaft der linken Parteien SAP und V sowie kleinerer Parteien sehen ihre Gesundheit durch eine Covid-19-Infektion am wenigsten gefährdet. Im Unterschied zu anderen Ländern gehören die Wähler der populistischen SD zu denjenigen Befragten, die sich

wegen des Virus die größten Sorgen machen. Unter den Befragten sorgen sich Frauen, 35- bis 64-Jährige sowie Wähler*innen der Mitte-Parteien und Befragte mit niedrigerem Bildungsniveau am meisten über die von Covid-19 ausgehenden Gesundheitsrisiken, während Einkommensunterschiede keine eindeutigen Meinungsdifferenzen in Bezug auf die Risikowahrnehmung erkennen lassen.

Abbildung 2 / Q23 – Wie besorgt sind Sie, dass eine Covid-19-Infektion Ihre Gesundheit gefährden könnte?



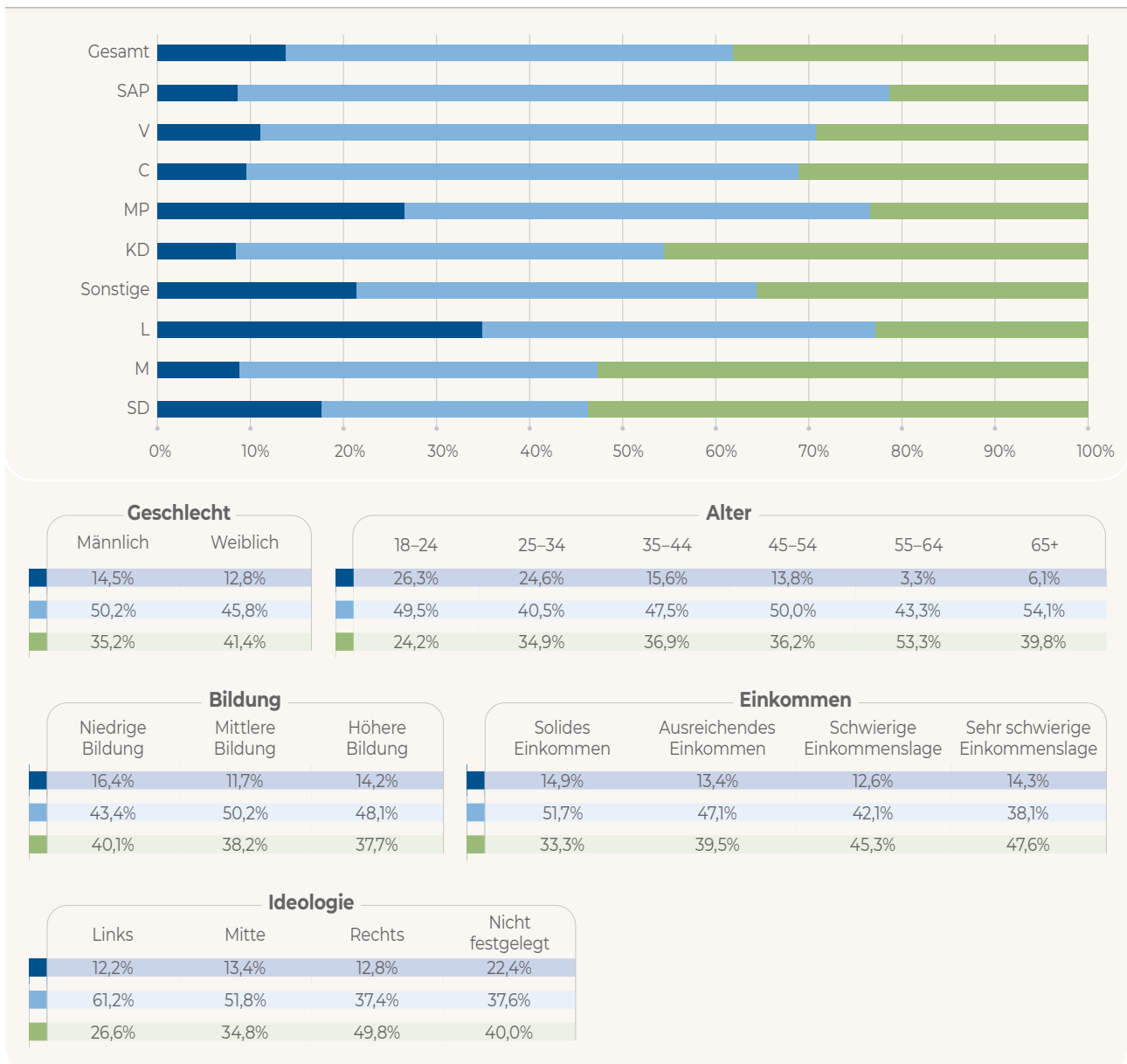
Beurteilung der Regierungspolitik zur Bekämpfung der Pandemie

Mehr als die Hälfte der schwedischen Bürger*innen findet die Reaktion der Regierung auf die Pandemie zwar ausgewogen, aber es gibt auch viel Kritik: Rund 14 Prozent der Befragten sind der Ansicht, im Maßnahmenpaket der Regierung sei die Sicherung von Arbeitsplätzen nicht ausreichend berücksichtigt worden; 38 Prozent meinen hingegen, die Regierung hätte stärkere Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit ergreifen müssen. Dieses Meinungsbild unterscheidet sich von dem in anderen Ländern, in denen für die Bürger*innen die Sicherung von Arbeitsplätzen das wichtigste Anliegen war. Die über-

wältigende Mehrheit der Wähler*innen der Mitte- und Links-Parteien unterstützt die Regierungspolitik, während die rechtsorientierte und liberale Wählerschaft diese am kritischsten sieht und der Meinung ist, dass mehr für den Schutz der öffentlichen Gesundheit hätte getan werden müssen. Demografisch gesehen sind Frauen, ältere Befragte, Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau und Befragte in wirtschaftlich schwieriger Lage am häufigsten der Meinung, die Regierung hätte den Schutz der öffentlichen Gesundheit stärker in den Mittelpunkt stellen sollen. Im Unterschied zu anderen Ländern stehen die Befragten aus dem rechten Spektrum den Regierungsmaßnahmen am kritischsten gegenüber.

Abbildung 3 / Q38 – Ausgewogenheit der Regierungsmaßnahmen: Arbeitsplätze vs. öffentliche Gesundheit

- Die nationale Regierung hat überzogene Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit getroffen, statt Arbeitsplätze zu sichern
- Die staatlichen Maßnahmen waren in etwa ausgewogen
- Die nationale Regierung hat überzogene Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung getroffen, statt die öffentliche Gesundheit zu schützen

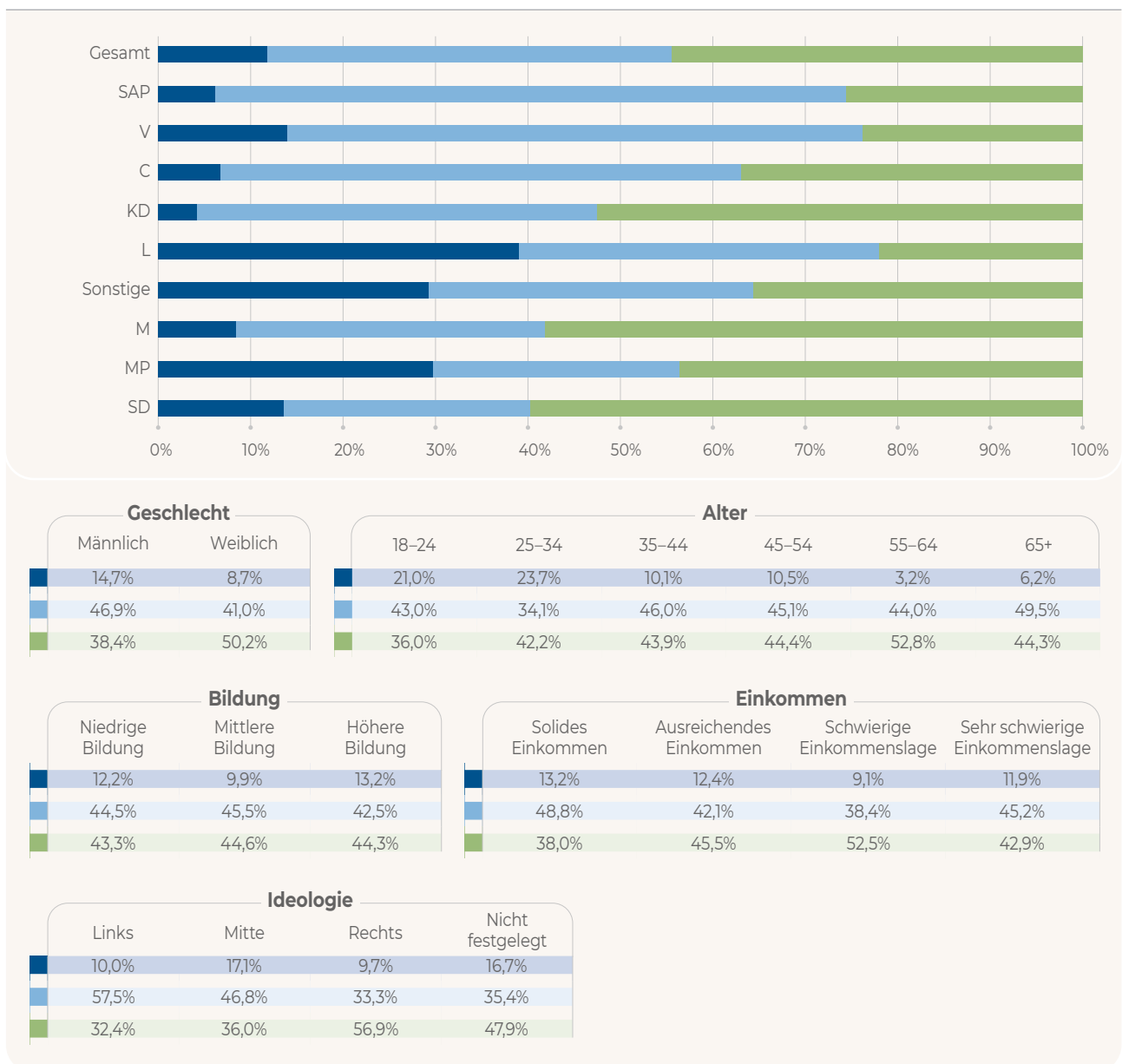


Ein ähnliches Meinungsbild zeigt sich auch bei der Frage, wie sehr die Bürger*innen der Meinung sind, dass die Maßnahmen der Regierung die richtige Balance zwischen Wahrung der Freiheitsrechte und Schutz der öffentlichen Gesundheit ausgerichteten getroffen haben: Eine Minderheit von 44,2 Prozent der schwedischen Befragten ist der Ansicht, dass die Maßnahmen im Großen und Ganzen ausgewogen waren, während rund 12 Prozent der Meinung sind, die persönlichen Freiheiten seien allzu stark eingeschränkt worden. 44 Prozent der Befrag-

ten hingegen hätten sich weiter reichende Beschränkungen gewünscht. Auch hier ist die Zustimmung zu den restriktiven Maßnahmen bei der linken und der Mitte zuzuordnenden Wählerschaft am größten, während die Befragten des rechten Spektrums und insbesondere die SD- und M-Wählerschaft der Meinung sind, es hätten zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden sollen. Am stärksten vertreten ist die Meinung, es hätten zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden sollen, bei Frauen und älteren Befragten.

Abbildung 4 / Q39 – Ausgewogenheit der Regierungsmaßnahmen: persönliche Freiheitsrechte vs. öffentliche Gesundheit

- Die nationale Regierung hat überzogene Corona-Maßnahmen getroffen, die die persönlichen Freiheiten zu stark einschränken
- Die staatlichen Maßnahmen waren in etwa ausgewogen
- Die Regierung hat überzogene Maßnahmen getroffen und dadurch der öffentlichen Gesundheit in unverantwortlicher Weise geschadet



Wahrscheinlichkeit, sich impfen zu lassen

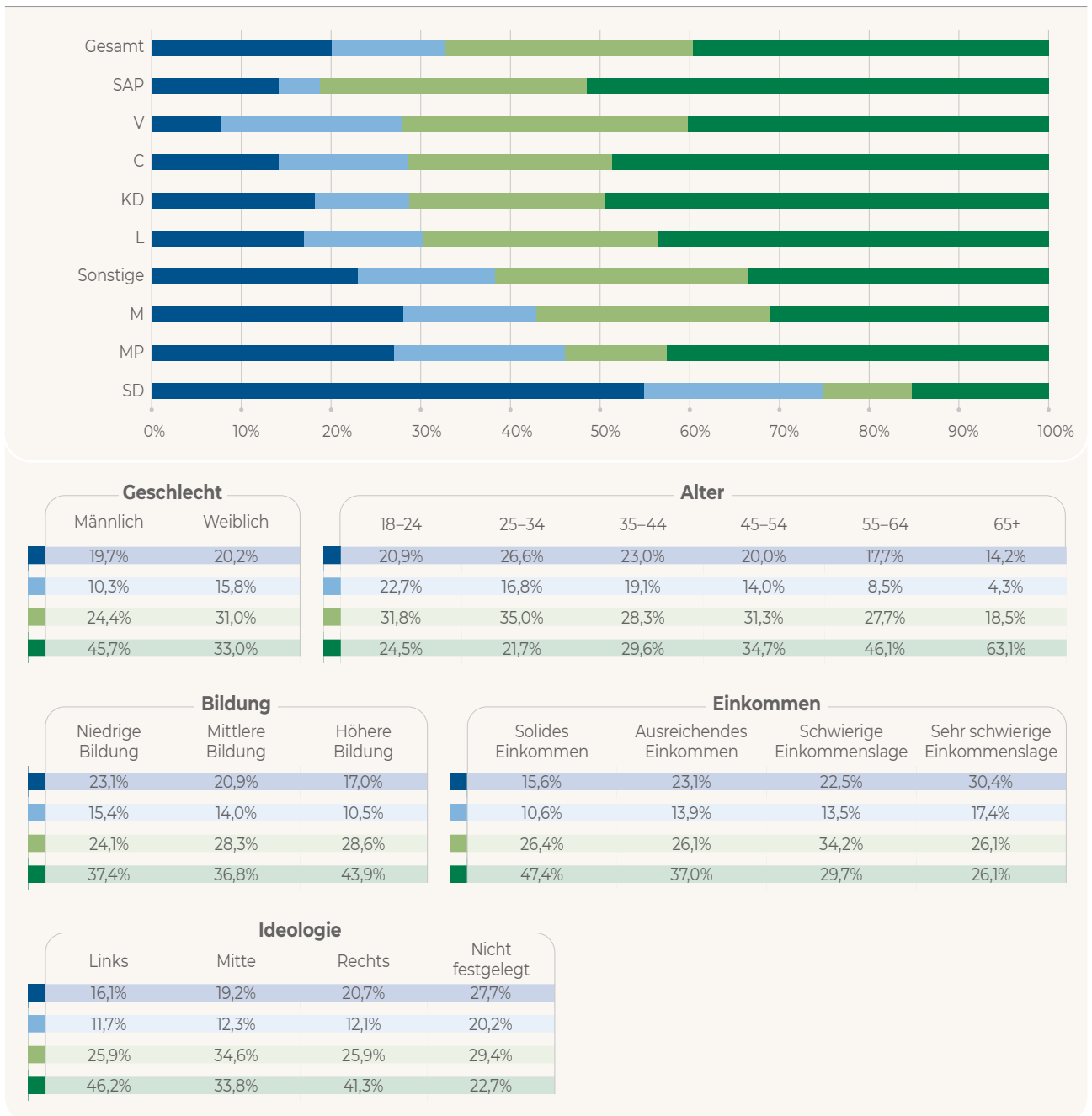
Zum Zeitpunkt der Umfrage gaben 67,1 Prozent der Befragten an, dass sie sich bei einem entsprechenden Angebot der Gesundheitsbehörden impfen lassen würden. Dieser Prozentsatz ist weitaus niedriger als die aktuelle Impfquote in Schweden, die bei etwa 84 Prozent liegt. Die Wähler*innen der Mitte-Parteien und der linken Parteien sind am ehesten bereit, sich impfen zu lassen, während ei-

ne klare Mehrheit von etwa 70 Prozent der Wählerschaft kleinerer Parteien und mehr als 40 Prozent der L- und SD-Wählerschaft dies ablehnt. Die Impfbereitschaft ist bei Männern größer als bei Frauen, während sie bei jüngeren Befragten wesentlich geringer ist als bei älteren Befragten – ähnlich wie bei Befragten mit niedrigerem Bildungsstand, bei Menschen mit geringerem Einkommen und bei ideologisch nicht festgelegten Personen.

Abbildung 5 / Q52 – Wahrscheinlichkeit, sich impfen zu lassen

Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie ein etwaiges Impfangebot der Gesundheitsbehörden annehmen?

Sehr unwahrscheinlich Eher unwahrscheinlich Eher wahrscheinlich Sehr wahrscheinlich



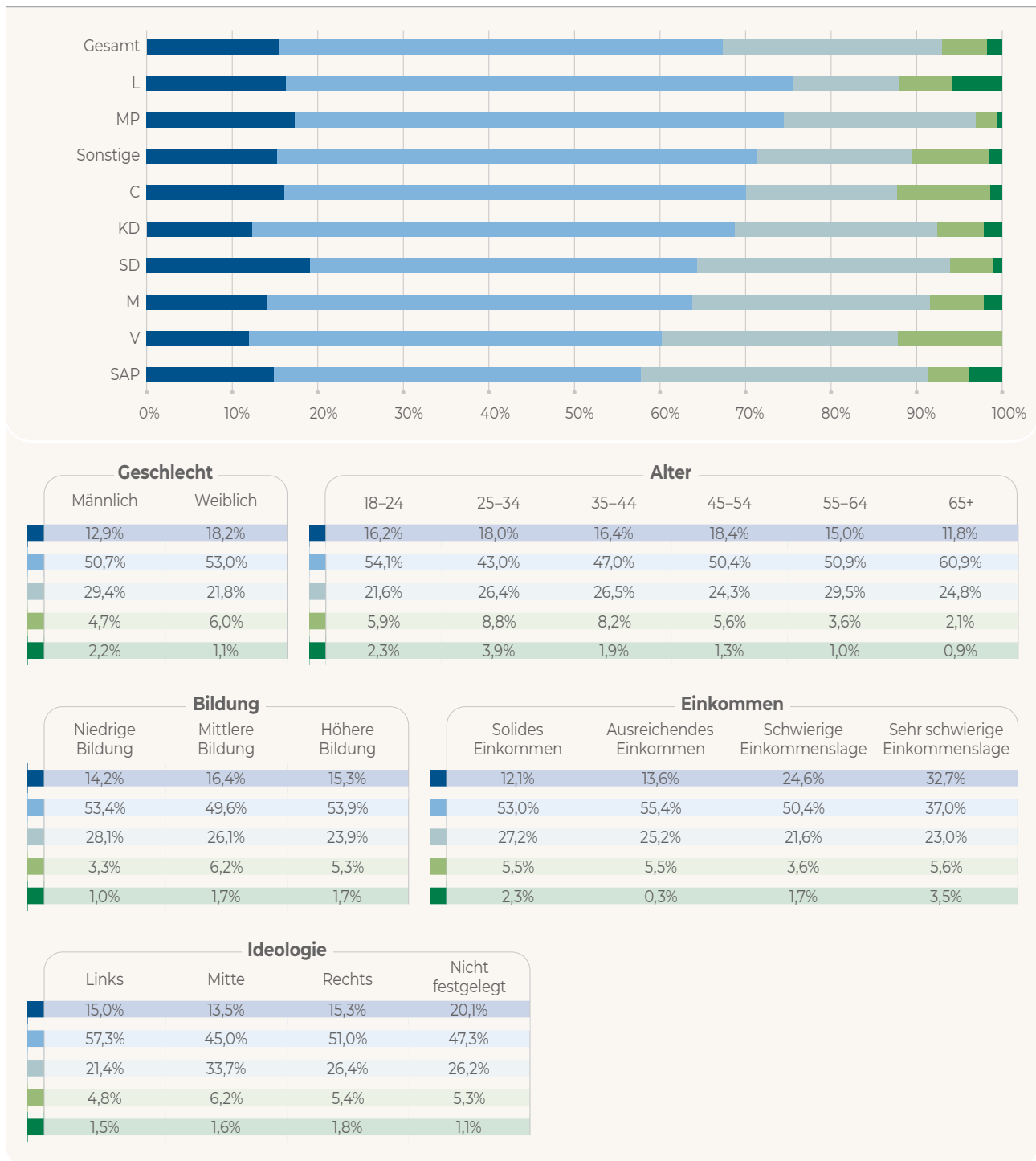
Auswirkungen von Covid-19 auf Lebensqualität und Arbeitsbedingungen

Nach den Auswirkungen der Pandemie auf die Lebensqualität befragt, gibt es kaum Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen: Mehr als 70 Prozent der befragten Schwed*innen berichten von negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie, wobei die Wählerschaft von L und V sich am stärksten durch negative

Folgen in ihrem Leben beeinträchtigt fühlt. Ältere und Jüngere erlebten ebenso wie Menschen mit niedrigerem oder höherem Einkommen eine stärkere Verschlechterung ihrer Lebenssituation. Nimmt man die ideologische Ausrichtung zum Maßstab, gibt es keine eindeutigen Unterschiede, wenn es darum geht, wie schwer die Menschen von der Krise beeinträchtigt wurden.

Abbildung 6 / Q74 – Wie würden Sie die Auswirkungen der Covid-19-Krise auf Ihre Lebensqualität bewerten?

Sie hat mein Leben ... :
■ sehr verschlechtert ■ nicht verändert ■ sehr verbessert
■ etwas verschlechtert ■ etwas verbessert

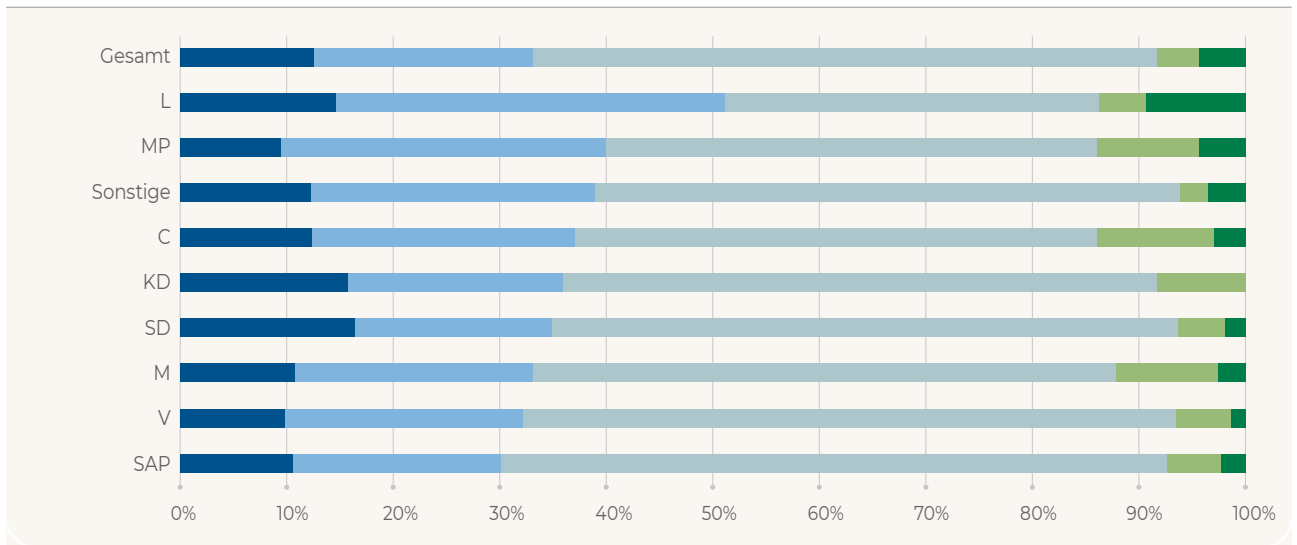


Die meisten schwedischen Befragten sehen ihre Arbeitsbedingungen durch die Pandemie nicht beeinträchtigt (58,5 Prozent). Auf beiden Seiten des politischen Spektrums ist allerdings Folgendes festzustellen: Liberale Wähler*innen und die MP-Wählerschaft berichten von einer sehr viel massiveren Verschlechterung ihrer Arbeitsbedin-

gungen als die Wählerschaft der eher der Mitte zuzurechnenden Parteien und der radikal linken und rechten Parteien. Jüngere Befragte, Personen mit höherem Bildungsabschluss, ideologisch nicht Festgelegte sowie Personen mit geringerem Einkommen geben an, am stärksten negativ von der Pandemie betroffen zu sein.

Abbildung 7 / Q75 – Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der Covid-19-Krise auf Ihre Arbeitsbedingungen?

Meine Arbeitsbedingungen ... :
■ haben sich massiv verschlechtert ■ sind etwas schlechter geworden ■ sind gleich geblieben ■ haben sich etwas verbessert ■ haben sich sehr verbessert



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
haben sich massiv verschlechtert	11,9%	13,3%
sind etwas schlechter geworden	19,3%	21,6%
sind gleich geblieben	60,8%	56,6%
haben sich etwas verbessert	5,4%	6,4%
haben sich sehr verbessert	2,6%	2,1%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
haben sich massiv verschlechtert	15,0%	18,0%	12,5%	17,4%	10,7%	4,0%
sind etwas schlechter geworden	33,9%	28,0%	23,4%	18,7%	15,9%	9,6%
sind gleich geblieben	36,8%	38,5%	50,9%	58,3%	69,6%	84,7%
haben sich etwas verbessert	10,4%	11,1%	9,5%	3,5%	2,9%	1,1%
haben sich sehr verbessert	3,8%	4,3%	3,7%	2,1%	0,7%	0,5%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
haben sich massiv verschlechtert	13,4%	13,6%	10,9%
sind etwas schlechter geworden	15,8%	19,1%	24,0%
sind gleich geblieben	65,4%	60,2%	54,0%
haben sich etwas verbessert	3,0%	5,1%	8,5%
haben sich sehr verbessert	2,4%	2,1%	2,7%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
haben sich massiv verschlechtert	7,9%	10,1%	24,3%	35,6%
sind etwas schlechter geworden	19,9%	21,1%	23,7%	21,3%
sind gleich geblieben	61,5%	61,0%	49,5%	38,8%
haben sich etwas verbessert	7,7%	5,9%	2,0%	4,3%
haben sich sehr verbessert	3,0%	1,8%	0,9%	-

Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
haben sich massiv verschlechtert	11,2%	10,2%	12,1%	19,4%
sind etwas schlechter geworden	21,0%	22,5%	19,3%	19,4%
sind gleich geblieben	59,6%	59,6%	59,9%	52,5%
haben sich etwas verbessert	5,8%	6,3%	6,4%	5,4%
haben sich sehr verbessert	2,4%	2,7%	2,2%	3,3%

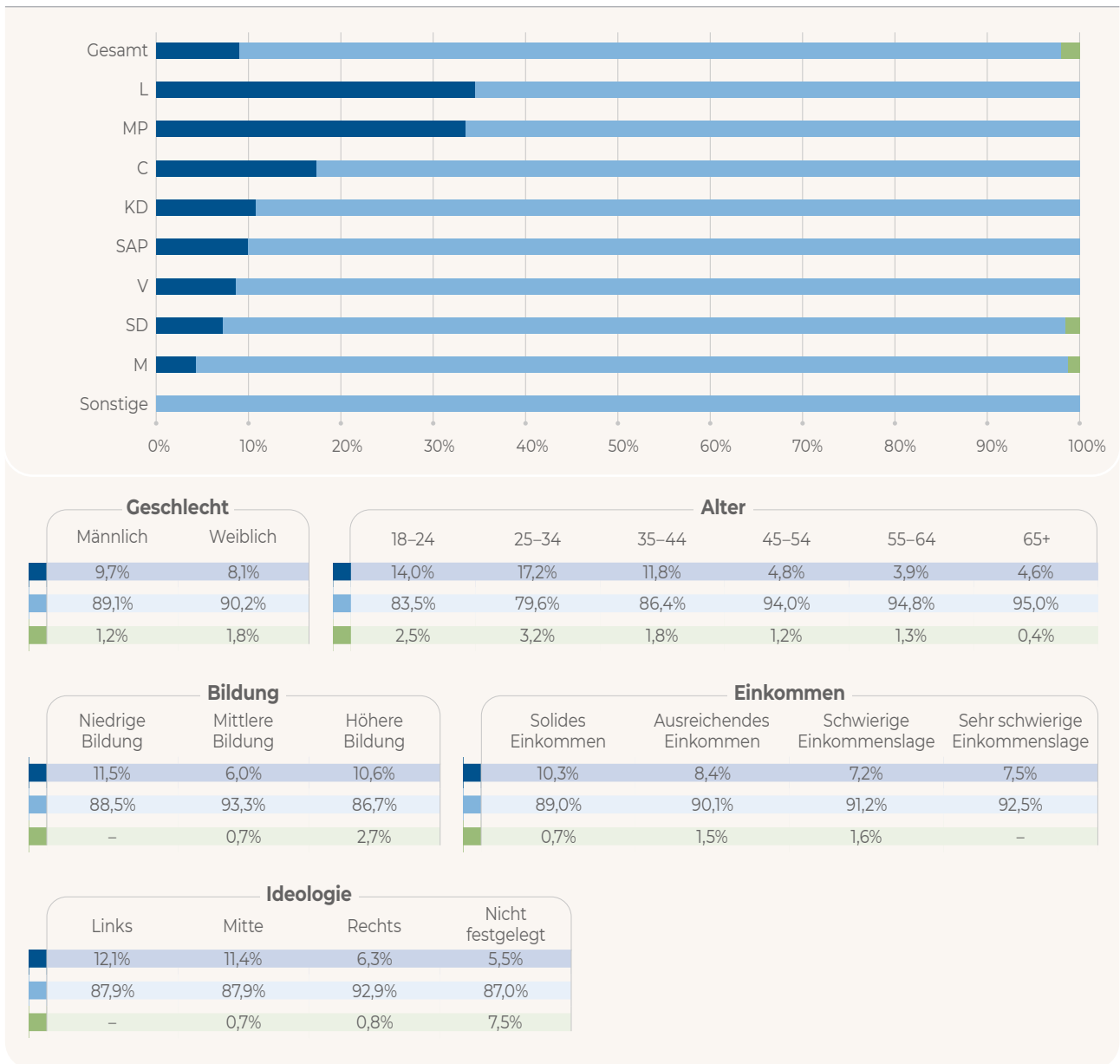
Kontaktverfolgungs-App

Ein eher geringer Anteil der Befragten von nur 10,4 Prozent hat die nationale Kontaktverfolgungs-App (Covid Symptom Tracker) installiert. Der Anteil derjenigen, die die App installiert haben, ist bei den Wähler*innen von L und MO höher als in anderen Wählergruppen, insbesondere höher als

bei der Wählerschaft von M, SD und kleineren Parteien. Am größten ist der Anteil derjenigen, die die App installiert haben, bei jüngeren Menschen, bei Befragten mit geringem und hohem Bildungsniveau sowie den Wähler*innen des linken Spektrums und der politischen Mitte, wobei dieser Anteil in allen Befragtengruppen sehr niedrig ist.

Abbildung 8 / Q61 – Haben Sie die nationale Kontaktverfolgungs-App (Covid Symptom Tracker) installiert?

■ Ja ■ Nein ■ Diese Frage möchte ich nicht beantworten



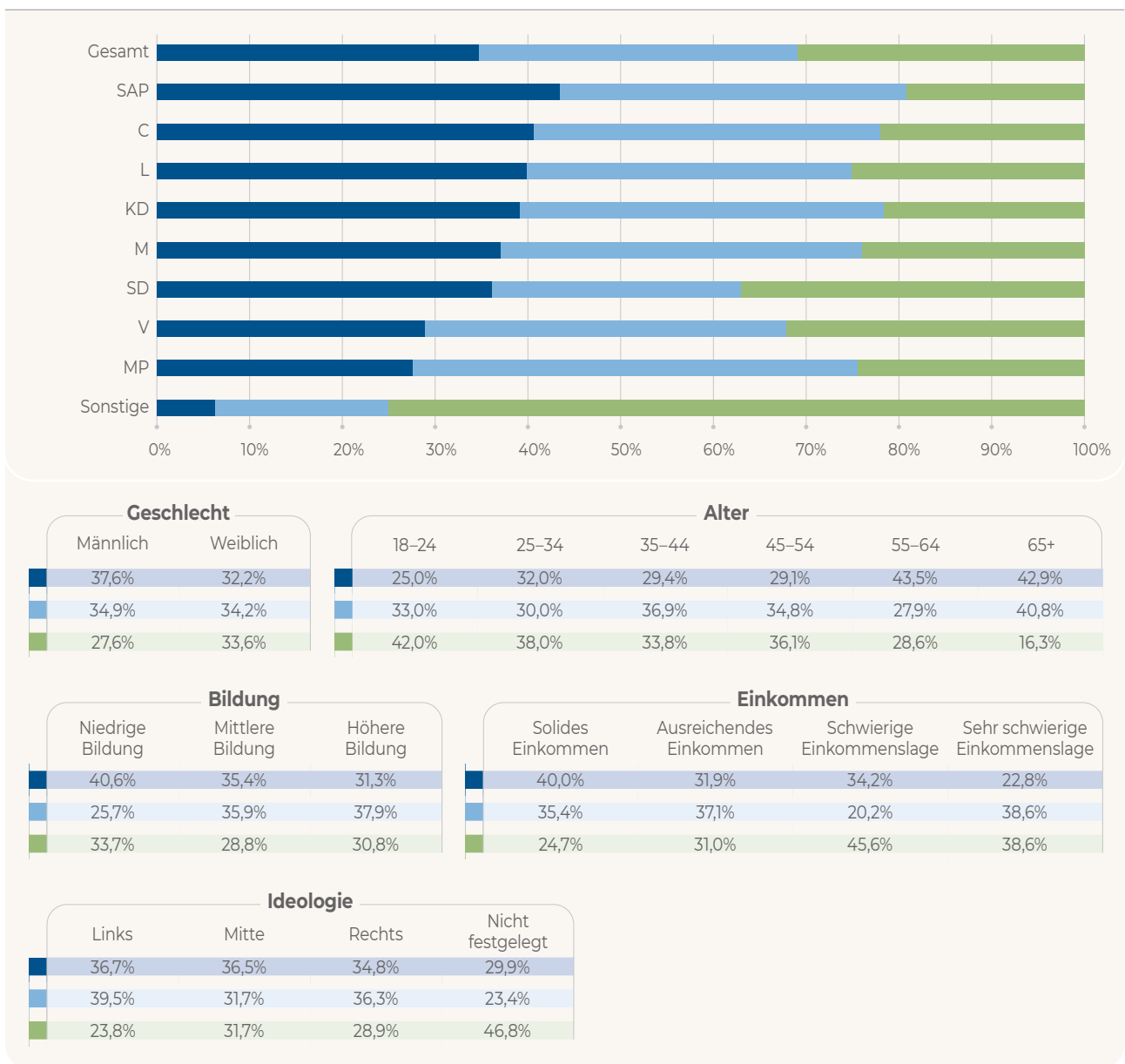
Impfpflicht

Fast 70 Prozent der schwedischen Befragten sind der Meinung, dass es eine Impfpflicht gegen COVID-19 geben sollte. Am größten ist der Anteil der Impfpflichtbefürworter bei der Wählerschaft von SAP, C und L, während bei den Wähler*innen von SD und kleineren Parteien die Ablehnung am größten ist, wobei die Impfpflichtbefürworter in allen Wählergruppen ähnlich vertreten sind. Bei den Männern ist der Anteil der Impfpflichtbefürworter sehr viel höher als bei den Frauen; dasselbe gilt für ältere Wäh-

ler*innen sowie für Befragte, die ein höheres Einkommen haben oder ideologisch links stehen – wobei bei Letzteren die Zustimmung zu einer Impfpflicht als Voraussetzung für den Zugang zum öffentlichen Raum sehr viel höher ist. Auch die Zustimmung zu einer Impfpflicht als Voraussetzung für den Zutritt zum öffentlichen Raum ist bei Menschen mit höherem Bildungsniveau größer in anderen Befragtengruppen. Bei den ideologisch nicht festgelegten Befragten ist die Ablehnung einer Impfpflicht am stärksten ausgeprägt.

Abbildung 9 / Q21G – Impfpflicht

- Die Covid-19-Impfung sollte für alle verpflichtend sein
- Die Covid-19-Impfung sollte für den Zutritt zum öffentlichen Raum und für soziale Aktivitäten verpflichtend sein
- Die Menschen sollten selbst entscheiden können, ob sie sich impfen lassen oder nicht, ohne dass es für sie Folgen hat



Vertrauen in Institutionen, Zustimmung zu den Covid-Maßnahmen und öffentliche Wahrnehmung der Corona-Pandemie

Der Index »Zustimmung zu den Covid-Maßnahmen« beinhaltet 5 Einzelfragen, anhand derer die Befragten die Maßnahmen bewerten sollten, die von verschiedenen Institutionen zur Bekämpfung der Pandemie ergriffen wurden. Der Index »Vertrauen in die Institutionen« umfasst 6 Einzelfragen, in denen die Teilnehmer*innen der Umfrage anhand einer 10-Punkte-Skala von 0 »überhaupt kein Vertrauen« bis 10 »volles Vertrauen« gefragt wurden, inwieweit sie verschiedenen nationalen und internationalen Institutionen vertrauen. Alle Fragen aus den Streudiagrammen wurden anhand einer 10-Punkte-Skala beantwortet. Bei allen im Länderbericht erfassten Indizes zeigen niedrigere Punkt-

zahlen ein geringes Maß und höhere Punktzahlen ein hohes Maß an Unterstützung/Zustimmung für die gemessenen Sachverhalte an (z. B. bedeutet eine niedrigere Punktzahl im Index zum Vertrauen in die Institutionen, dass die Befragten diesen nur wenig vertrauen). Für zahlreiche Befragtengruppen wurden die Durchschnittswerte jeweils in einem zweidimensionalen Streudiagramm dargestellt, das die verschiedenen Bevölkerungssegmente nach Alter, Geschlecht, Bildungsstand, Einkommensknappheit, politischer Orientierung und Parteineigung erfasst. Zwischen den beiden Indizes besteht eindeutig ein linearer Zusammenhang: Je mehr Vertrauen die Befragten zu den Institutionen haben, desto größer ist ihre Zustimmung zu den Covid-Maßnahmen. Insbesondere die Wählerschaft der gemäßigten Mitte- und Linksparteien (mit Ausnahme der

Abbildung 10 – Unterstützung für Covid-Maßnahmen



Wähler*innen von V), Befragte mit höherem Bildungsniveau und Einkommensstärkere sowie die Menschen, die 65 Jahre oder älter sind, unterstützen am entschiedensten die Maßnahmen gegen die Pandemie und haben auch das größte Vertrauen in die Institutionen. Auf der anderen Seite haben die SD-Wählerschaft, die ideologisch nicht Festgelegten und Befragte, die sich in einer besonders prekären wirtschaftlichen Situation befinden, sehr viel weniger Vertrauen in die Institutionen und unterstützen die Covid-Maßnahmen seltener als die ideologisch links eingestellten Befragten, höher Gebildeten und wirtschaftlich Wohlhabenden. Bei der Frage, wer von den öffentlichen Ausgaben während der Pandemie profitiert hat, zeigt sich deutlich, dass die Wählerschaft von V, Menschen mit schwieriger Einkommenslage und die SD-Wählerschaft der Meinung sind, dass die Einkommensstärksten am stärksten von den staatlichen Ausgaben für die Wiederankurbelung der Wirtschaft profitiert haben. Bei den Befragten mit niedrigerem Bildungsniveau, den 18- bis 24-Jährigen, den Befragten mit höherem Einkommen sowie den Stadtbewohnern und bei der Wählerschaft von M und L ist die Meinung, die öffentlichen Ausgaben seien den Wohlhabendsten zugute gekommen, weniger weit verbreitet. Dabei ist allerdings mitzubedenken, dass diese Frage auf der vertikalen Achse mit einer 10-Punkte-Skala zu beantworten war und alle Befragtengruppen in der Grafik über dem Mittelwert der Skala liegen, was darauf hindeutet, dass die Öffentlichkeit mit der Handhabung der öffentlichen Ausgaben während der Pandemie eher unzufrieden ist. Allgemein herrscht die Meinung vor, die Pandemie habe die bestehenden Ungleichheiten in der Gesellschaft verstärkt.

mensstärksten am meisten von den staatlichen Ausgaben für die Wiederankurbelung der Wirtschaft profitiert haben. Bei den Befragten mit niedrigerem Bildungsniveau, den 18- bis 24-Jährigen, den Befragten mit höherem Einkommen sowie den Stadtbewohnern und bei der Wählerschaft von M und L ist die Meinung, die öffentlichen Ausgaben seien den Wohlhabendsten zugute gekommen, weniger weit verbreitet. Dabei ist allerdings mitzubedenken, dass diese Frage auf der vertikalen Achse mit einer 10-Punkte-Skala zu beantworten war und alle Befragtengruppen in der Grafik über dem Mittelwert der Skala liegen, was darauf hindeutet, dass die Öffentlichkeit mit der Handhabung der öffentlichen Ausgaben während der Pandemie eher unzufrieden ist. Allgemein herrscht die Meinung vor, die Pandemie habe die bestehenden Ungleichheiten in der Gesellschaft verstärkt.

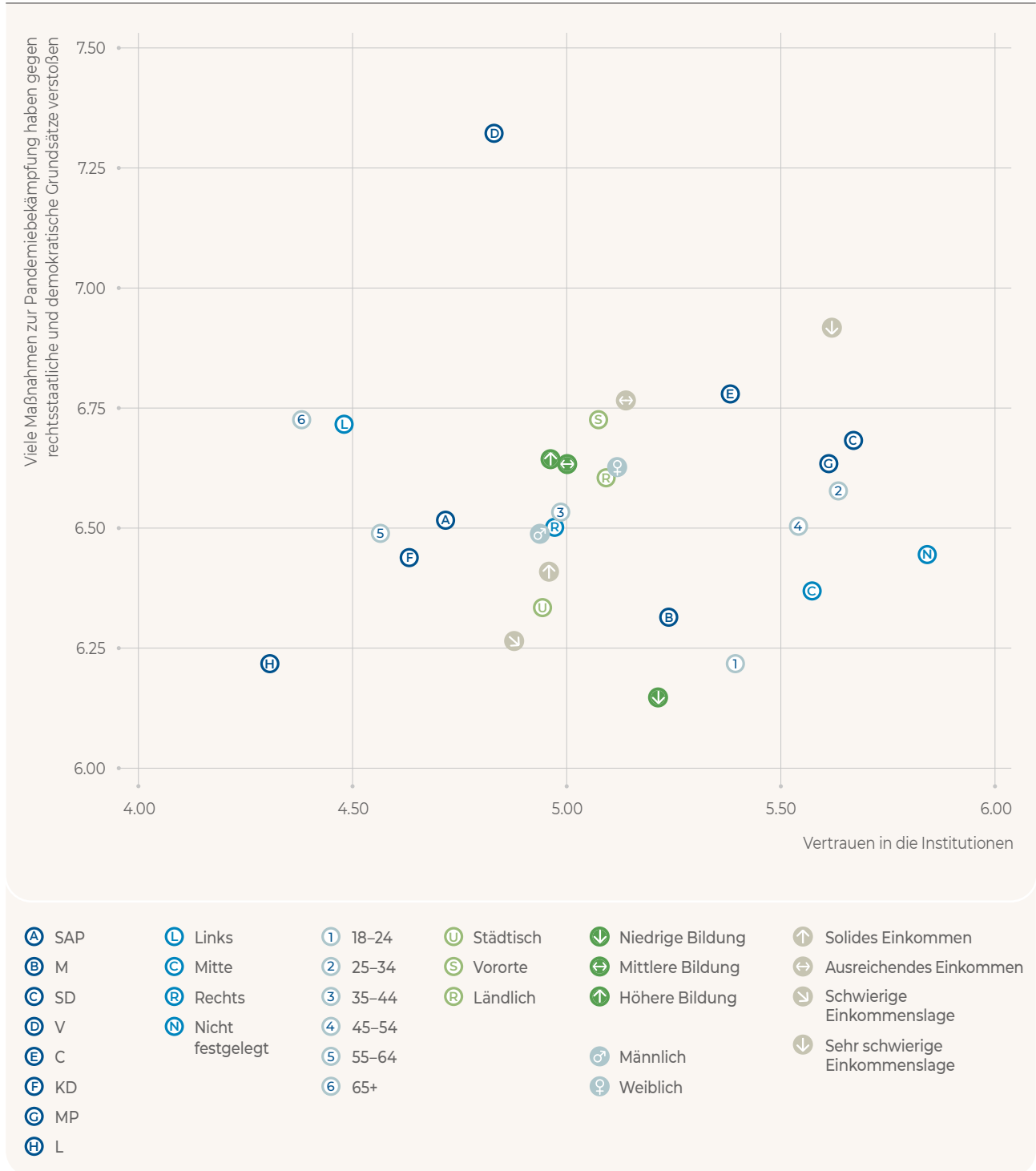
Abbildung 11 – Nutznießer öffentlicher Ausgaben



In der Frage, ob Maßnahmen gegen die Pandemie gegen rechtsstaatliche und demokratische Grundsätze verstoßen, sind die Schwed*innen offensichtlich geteilter Meinung. Dies ist allerdings weniger stark ausgeprägt als in anderen Ländern, die in dieser vergleichenden Studie untersucht wurden. Im Schnitt ist der Anteil derjenigen, die die Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der Pan-

demie für verfassungswidrig halten, bei der Wählerschaft von SD und MP, den 25- bis 34-Jährigen und den ideologisch nicht Festgelegten größer. Bei den über 55-Jährigen, den links Orientierten und den liberalen Wähler*innen ist der Anteil derjenigen, die die Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der Pandemie für verfassungswidrig und antidemokratisch halten, am geringsten.

Abbildung 12 – Covid-Maßnahmen und Verfassungsprinzipien



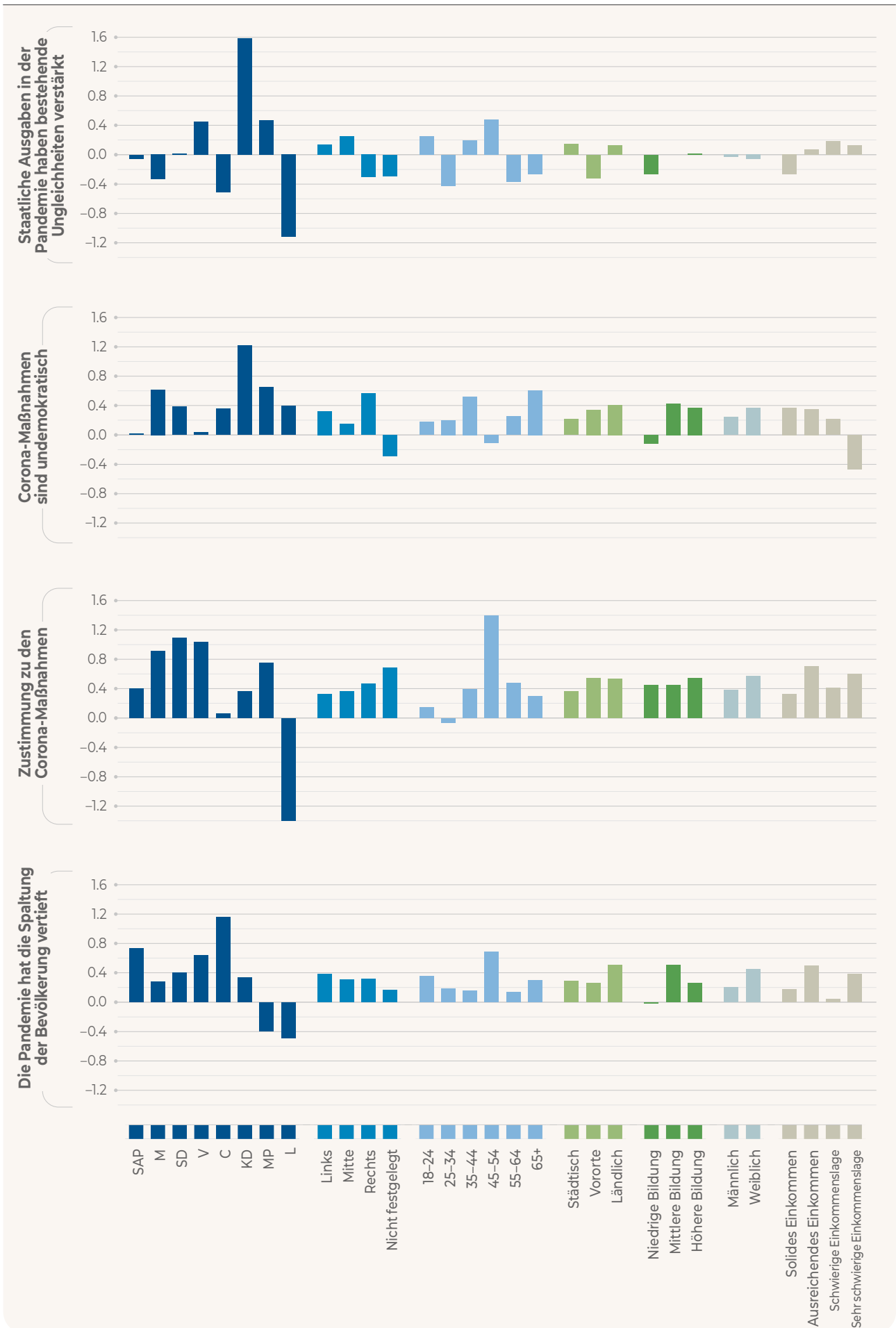
Die meisten schwedischen Befragten teilen die Ansicht, die Pandemie habe die Spaltung der Bevölkerung vertieft, aber diese Ansicht ist weniger verbreitet als in anderen Ländern. Die Wahrnehmung, dass die gesellschaftlichen Gräben sich vertieft haben, hat sich in Schweden 2022 im

Vergleich zu 2021 abgeschwächt – dies ist in keinem anderen der sechs in der Studie untersuchten Länder der Fall. Am stärksten vertreten ist diese Meinung bei SD- KD-Wähler*innen, Befragten mit schwieriger Einkommenslage und bei den ideologisch nicht Festgelegten.

Abbildung 13 – Covid-19 und gesellschaftliche Spaltung



Abbildung 14



Anhand der unterschiedlichen Ergebnisse in den beiden Erhebungswellen lässt sich aufzeigen, wie die Index-Mittelwerte für jede soziodemografische Befragtengruppe sich im zeitlichen Verlauf verändert haben. Hier zeigt sich eine klare Tendenz: In der Frage, ob die Pandemie die Spaltung der Bevölkerung vertieft hat, sind die Befragten geteilter Meinung; deutliche Meinungsveränderungen gab es bei den Wähler*innen von KD und L. Bei den KD-Wählerschaft ist der Anteil derjenigen, die eine Vertiefung der Spaltungserscheinungen wahrnahm, größer ge-

worden, während er bei der Wählerschaft von L kleiner geworden ist. Zugleich ist die Zustimmung zu den Corona-Maßnahmen in allen Wählergruppen leicht gestiegen. Andererseits haben die negativen Einstellungen gegenüber dem Umgang mit der Pandemie stark zugenommen; dies zeigt sich daran, dass die Maßnahmen stärker als antidemokratisch wahrgenommen werden und sich bei allen Befragtengruppen die Meinung verstärkt hat, dass das während der Pandemie ausgegebene Geld die Ungleichheit verschärft hat.

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE 1

- Die Mehrheit der schwedischen Befragten ist sich zwar bewusst, dass die Covid-19-Pandemie gravierende Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit hat. In Bezug auf die Regierungsmaßnahmen zur Bekämpfung von Covid-19 und die Impfkampagne ist die Gesellschaft jedoch polarisiert.
- Während die große Mehrheit der Schwed*innen besorgt ist, dass Corona im Fall einer Erkrankung ihre Gesundheit gefährden könnte, halten die meisten es für unwahrscheinlich, dass sie sich mit dem Virus anstecken werden. Die wenigsten Sorgen, sich mit dem Virus zu infizieren, machen sich Wähler*innen von SAP und SD.
- Rund 40 Prozent der Schwed*innen sind der Ansicht, die Regierung habe die richtigen Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit ergriffen, unabhängig von den Folgen für Wirtschaft und die persönlichen Freiheitsrechte. Befragte mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Wählerschaft von SD und M sowie die Befragten, die sich selbst dem rechten Spektrum zuordnen, äußerten sich am kritischsten zu den Pandemiebekämpfungsmaßnahmen.
- Auch wenn die große Mehrheit der Befragten impfbereit ist, ist die Impfbereitschaft bei den Wähler*innen von SD, L und vor allem kleinerer Parteien sowie bei den Befragten mit schwieriger Einkommenslage die Impfbereitschaft geringer als im Durchschnitt der schwedischen Bevölkerung.
- Mit Blick auf die Verschlechterung der Lebensqualität und der Arbeitsbedingungen infolge der Corona-Pandemie nimmt die Mehrheit der schwedischen Bevölkerung negative Auswirkungen wahr, insbesondere was die Lebensqualität betrifft, während die Arbeitsbedingungen der meisten Schwed*innen weitgehend unverändert blieben. Offenkundig ist allerdings, dass die Einkommensschwächsten sowie wie Wähler*innen liberaler Parteien sich sowohl in ihrem Lebensstandard als auch ihren Arbeitsverhältnissen am stärksten von den negativen Folgen der Pandemie betroffen sehen.
- Mehrheitlich sind die Schwed*innen der Meinung, dass es eine Impfpflicht geben sollte, zumindest wenn es um den Zugang zu öffentlichen Veranstaltungen geht. Bei den SD-Wähler*innen, den Befragten mit schwieriger Einkommenslage und bei den ideologisch nicht Festgelegten ist die Ablehnung einer Impfpflicht am stärksten ausgeprägt.
- Je mehr Vertrauen die Befragten zu den Institutionen haben, desto größer ist ihre Zustimmung zu den Covid-Maßnahmen. Vor allem bei den Wähler*innen der an der Regierungskoalition beteiligten Parteien, den Befragten mit niedrigerem Bildungsniveau und den Einkommensstärkeren ist der Anteil derjenigen, die die Maßnahmen gegen die Pandemie befürworten, am höchsten. Bei ihnen ist auch das Vertrauen in die Institutionen am größten.
- In der Frage, ob die Corona-Maßnahmen gegen rechtsstaatliche und demokratische Grundsätze verstoßen, zeigt sich ein gespaltenes Bild. Am stärksten vertreten ist die Meinung, die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie würden demokratische Freiheiten beschneiden, bei der SD-Wählerschaft, bei Menschen, die mit ihrem Einkommen nur schwer über die Runden kommen, bei den 25- bis 34-Jährigen und den politisch-ideologisch nicht Festgelegten.



KAPITEL 2

ZWEI VON ZEHN PERSONEN
GLAUBEN, DAS CORONA-VIRUS
SEI ABSICHTLICH VON CHINA
FREIGESETZT WORDEN



Was den Fragekomplex »Verschwörungsglauben« betrifft, so findet bei den Schwed*innen die These »Das Virus ist eine absichtlich von China freigesetzte biologische Waffe« die größte Zustimmung – 26 Prozent der Befragten geben an, diese Aussage zu glauben. SD-Wähler*innen stimmen ihr am ehesten zu, während die Wähler-

schaft von V und C dies am wenigsten tut. Jüngere Befragte, Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau, Personen in besonders prekären finanziellen Verhältnissen sowie politisch rechts Stehende und ideologisch nicht Festgelegte glauben tendenziell eher an diese Verschwörungstheorie.

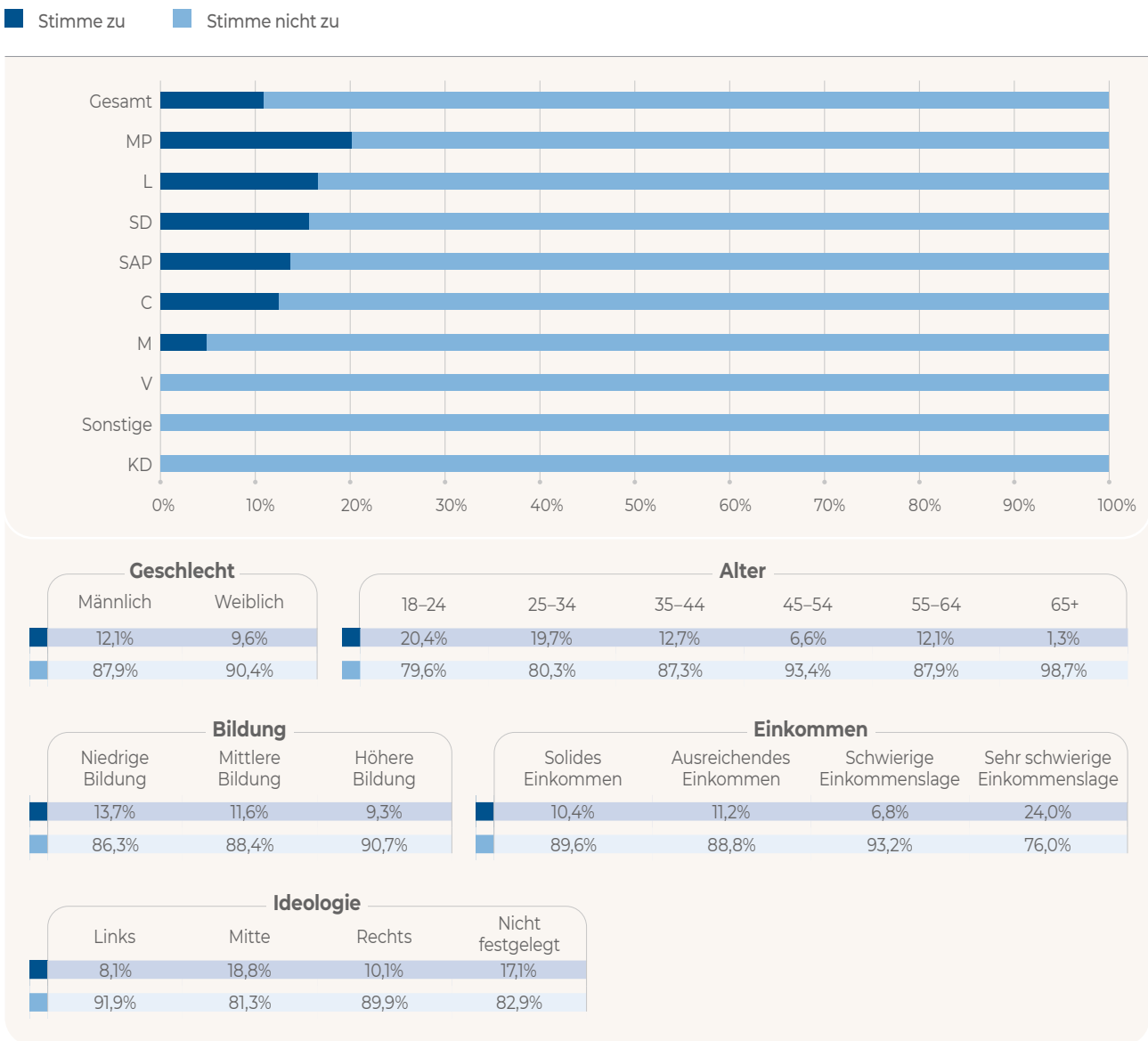
Abbildung 15 / Q57XB – »Das Virus ist eine absichtlich von China freigesetzte biologische Waffe«



Die Verschwörungsthese »Die 5G-Technologie sorgt für eine schnellere Ausbreitung des Coronavirus« trifft nur auf geringe Zustimmung. 11 Prozent der Befragten geben an, diese These zu glauben. MP-Wähler*innen stimmen ihr am ehesten zu, während die Wählerschaft von KD und V dies am wenigsten tut. Im Vergleich zu anderen demografischen Gruppen ist die Bereitschaft, an diese Ver-

schwörungstheorie zu glauben, am höchsten bei jüngeren Befragten, bei Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau, bei denjenigen, die mit ihrem Einkommen am wenigsten über die Runden kommen, sowie bei politisch in der Mitte stehenden Befragten und bei den ideologisch nicht Festgelegten.

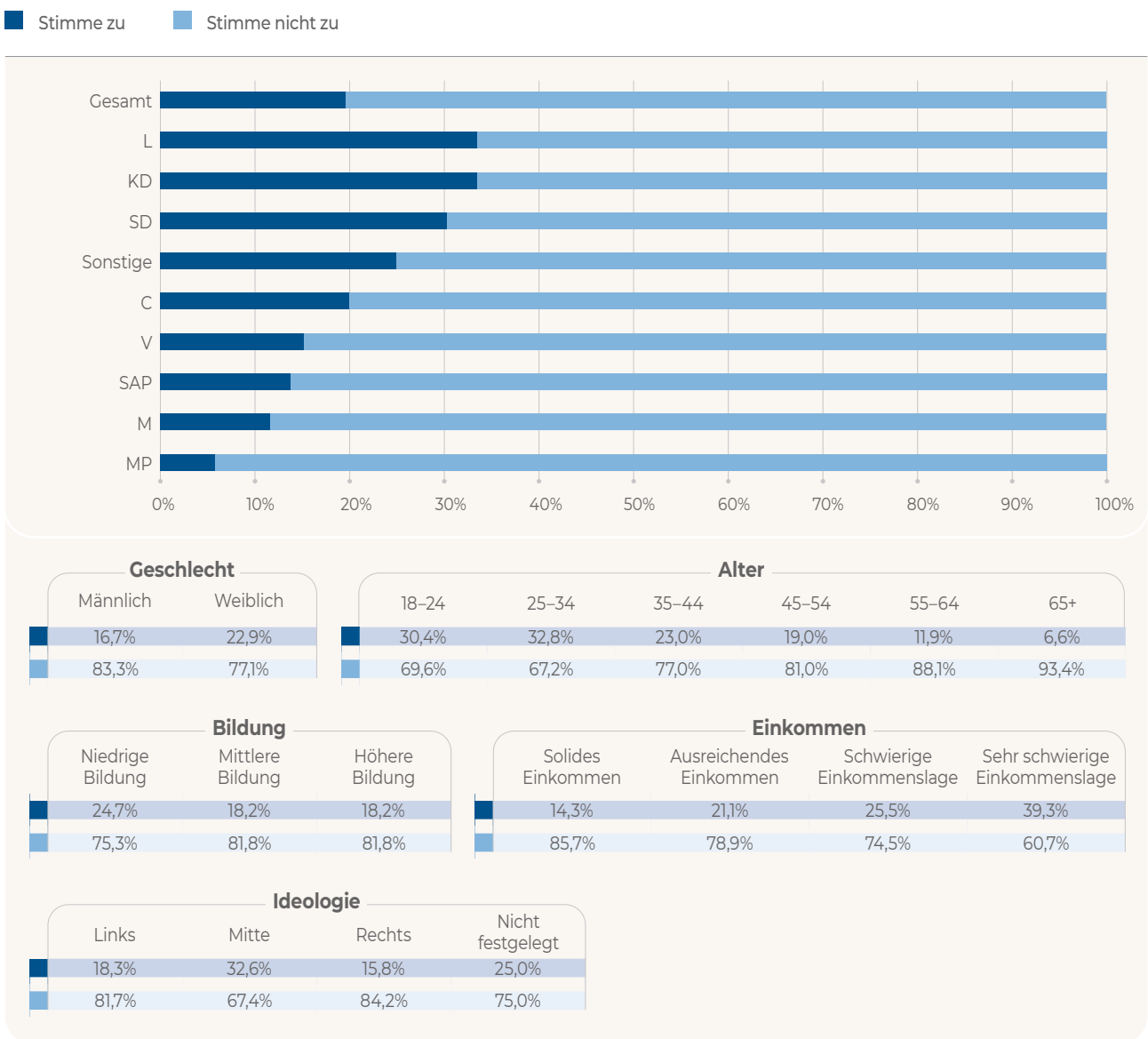
Abbildung 16 / Q57XB – »Die 5G-Technologie sorgt für eine schnellere Ausbreitung des Coronavirus«



Die Aussage »Das Virus wurde von multinationalen Pharmakonzernen verbreitet, die jetzt mit dem Verkauf des Impfstoffs gigantische Gewinne machen wollen« findet mit 19,6 Prozent der von ihr überzeugten Befragten eine relativ hohe Zustimmung. Die Wähler*innen von L und KD stimmen ihr am ehesten zu, während die Wähler-

schaft von MP und M dies am wenigsten tut. Jüngere Befragte, gering gebildete, einkommensschwache und politisch in der Mitte stehende Personen sind am ehesten bereit zu glauben, multinationale Pharmaunternehmen hätten das Virus zu ihrem ökonomischen Vorteil in Umlauf gebracht.

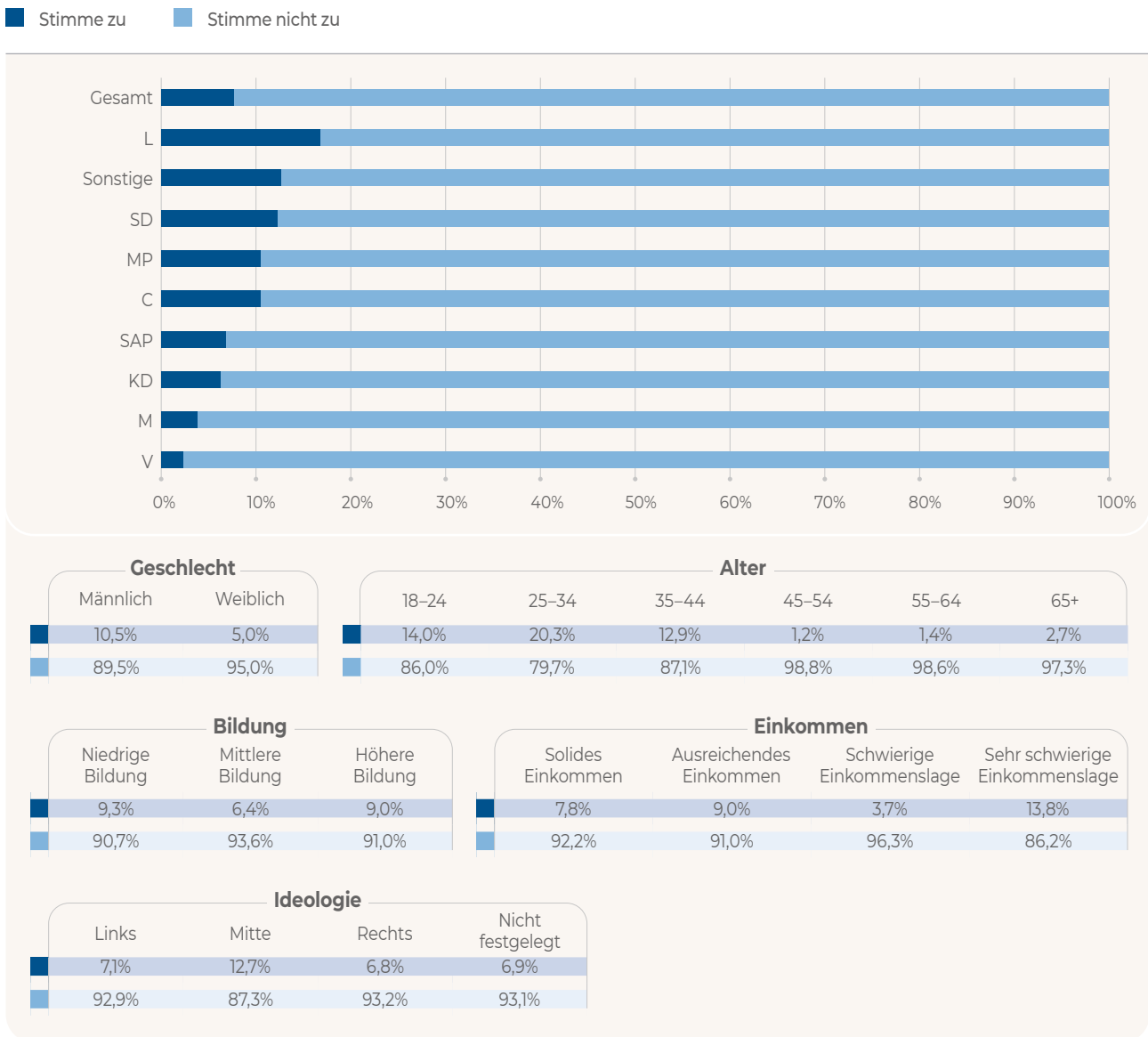
Abbildung 17/Q57XB – »Das Virus wurde von multinationalen Pharmakonzernen verbreitet, die jetzt mit dem Verkauf des Impfstoffs gigantische Gewinne machen wollen«



An wenigsten trifft die Behauptung »Das Coronavirus ist eine Falschmeldung« auf Zustimmung – nur 7,8 Prozent der Befragten bezweifeln, dass das Virus eine echte Bedrohung darstellt. Die Wählerschaft von L und kleineren Parteien stimmt ihr am ehesten zu, während bei den Wählern von V und M die Meinung, das Coronavirus sei

eine Falschmeldung, am wenigsten verbreitet ist. Bei jüngeren Befragten, Personen mit geringerem Bildungsniveau, Einkommensschwachen und politisch in der Mitte Stehenden ist die Bereitschaft, an diese Verschwörungstheorie zu glauben, größer als in anderen demografischen Gruppen.

Abbildung 18 / Q57XB – »Das Coronavirus ist eine Falschmeldung«



DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE 2

- Angesichts der zunehmenden Verbreitung von Verschwörungstheorien über die Corona-Pandemie erstaunt es nicht, dass ein unerwartet hoher Anteil der schwedischen Bürger*innen einige von ihnen für wahr hält; mehr als 2 von 10 Befragten glaubt, das Virus sei absichtlich von China freigesetzt worden.
- Die Wählerschaft von SD und L bekennt sich – ebenso wie Wähler*innen mit geringerem Bildungsstand, jüngere Befragte und Menschen mit schwieriger Einkommenslage – deutlich häufiger zu Verschwörungsthesen als andere Wählergruppen.
- Die Verschwörungstheorie, das Virus sei absichtlich von China in Umlauf gebracht und von Pharmakonzernen verbreitet worden, findet in der schwedischen Öffentlichkeit die größte Unterstützung: 26 bzw. 20 Prozent der Befragten glauben daran.
- Eine erhebliche Zahl der Befragten stimmt auch den beiden anderen Verschwörungsthesen zu, obwohl dies angesichts der Abwegigkeit dieser Behauptungen nicht zu erwarten war. 11 Prozent der Befragten sind davon überzeugt, die 5G-Technologie trage dazu bei, dass sich das Virus schneller ausbreitet, und 8 Prozent gehen davon aus, es handle sich bei der Verbreitung des Coronavirus um eine Falschmeldung.
- Entgegen der landläufigen Meinung legen die Daten den Schluss nahe, dass der Glaube an Verschwörungsthesen in Schweden weit verbreitet ist. Offenbar ist in Krisenzeiten die öffentliche Meinung empfänglicher für suggestive Botschaften, die von Populisten und Organisationen mit möglicherweise antidemokratischen Bestrebungen verbreitet werden.



KAPITEL 3

JUNGE WÄHLERINNEN UND WÄHLER BLICKEN 2022 OPTIMISTISCH IN DIE WIRTSCHAFTLICHE ZUKUNFT



Wirtschaftliche Situation 2021 im Vergleich zu 2020

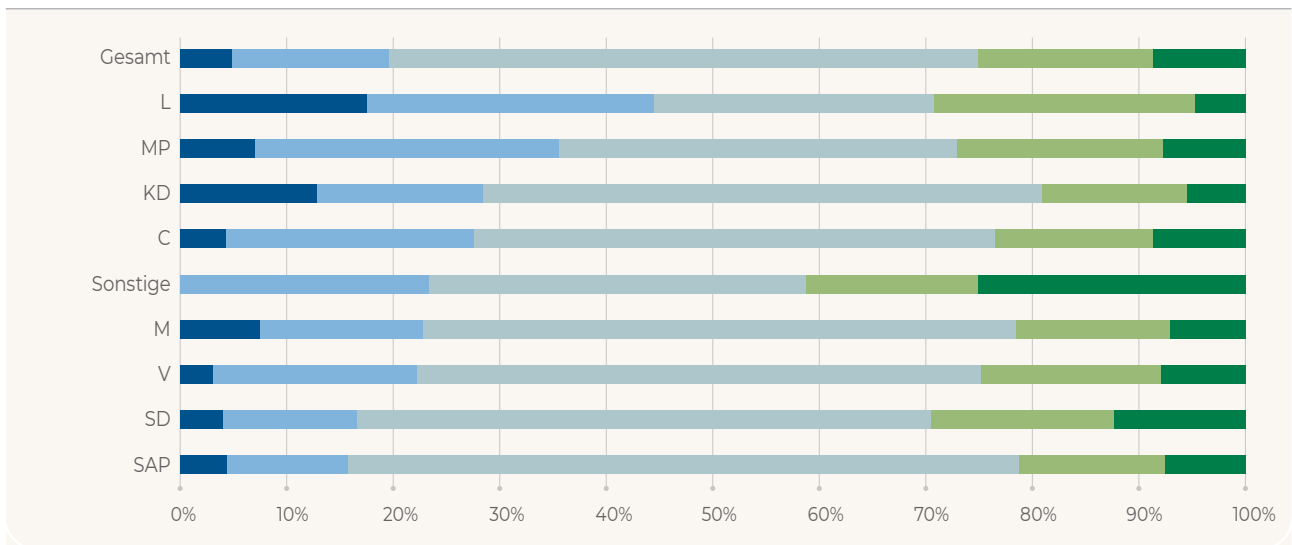
Eine große Minderheit der schwedischen Befragten (55,3 Prozent) gibt an, dass ihre wirtschaftliche Lage sich während der Pandemie im Jahr 2021 im Vergleich zu 2020 nicht verändert hat. Nachvollziehbarerweise meinen nur 19,6 Prozent, ihre Situation habe sich verbessert, während sich für etwa 25,1 Prozent der Befragten ihre wirtschaftliche Situation seit 2020 verschlechtert hat. L-Wähler*innen haben sich nach eigenen Angaben am häufigsten verbes-

sert, bei der SAP-Wählerschaft ist das Gegenteil der Fall. Die Wählerschaft von SAP und M ist die Gruppe, deren wirtschaftliche Lage im Vergleich zu 2020 weitgehend unverändert geblieben ist. Der Anteil der Befragten, deren wirtschaftliche Situation sich verschlechtert hat, ist in fast allen demografischen Gruppen ähnlich hoch; weniger hoch ist sie jedoch bei älteren Befragten, Personen mit höherem Bildungsniveau und Menschen mit höherem Einkommen.

Abbildung 19 / Q27 – Die ökonomische Situation 2021 im Vergleich zu 2020

Hat sich Ihre eigene wirtschaftliche Situation im Vergleich zu Ende 2020 ...

sehr verbessert etwas verbessert nicht verändert etwas verschlechtert massiv verschlechtert



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
sehr verbessert	6,5%	3,2%
etwas verbessert	17,5%	14,9%
nicht verändert	55,9%	60,2%
etwas verschlechtert	12,8%	14,5%
massiv verschlechtert	7,3%	7,2%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
sehr verbessert	7,8%	8,5%	7,8%	3,1%	0,1%	2,9%
etwas verbessert	27,6%	20,9%	18,1%	12,9%	10,4%	12,6%
nicht verändert	33,6%	51,0%	47,0%	63,2%	68,8%	71,1%
etwas verschlechtert	25,0%	15,0%	14,5%	11,7%	9,7%	10,5%
massiv verschlechtert	6,0%	4,6%	12,7%	9,2%	9,7%	2,9%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
sehr verbessert	5,9%	3,7%	5,8%
etwas verbessert	11,2%	17,4%	17,8%
nicht verändert	59,5%	57,0%	58,1%
etwas verschlechtert	10,7%	15,2%	13,5%
massiv verschlechtert	12,7%	6,8%	4,8%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
sehr verbessert	9,5%	2,5%	0,8%	-
etwas verbessert	22,9%	12,4%	11,9%	6,6%
nicht verändert	61,0%	62,2%	45,8%	32,8%
etwas verschlechtert	5,7%	19,4%	26,3%	13,1%
massiv verschlechtert	0,9%	3,5%	15,3%	47,5%

Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
sehr verbessert	5,2%	7,7%	5,1%	0,6%
etwas verbessert	18,2%	11,9%	15,7%	17,9%
nicht verändert	56,5%	59,5%	60,8%	53,6%
etwas verschlechtert	12,7%	17,3%	13,3%	13,1%
massiv verschlechtert	7,4%	3,6%	5,1%	14,9%

Wirtschaftliche Zukunftserwartungen

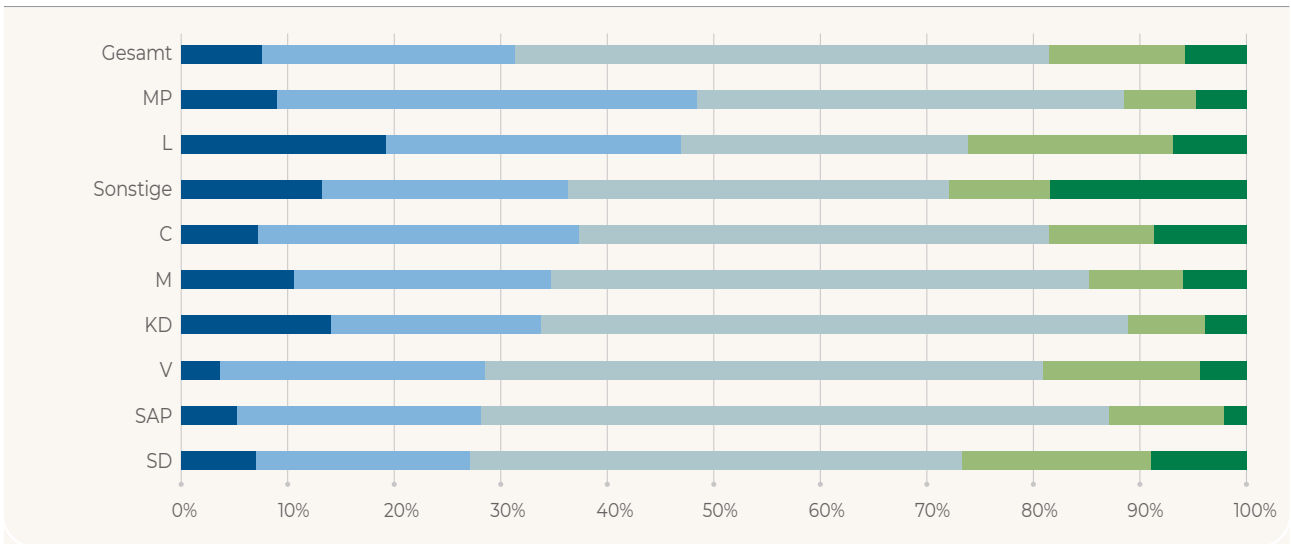
Was die Wirtschaftserwartungen für die nächsten 12 Monate betrifft, gehen 50,5 Prozent der Befragten davon aus, dass ihre ökonomische Situation sich nicht ändern wird. Es sind mehr Wähler*innen pessimistisch (30,2 Prozent)

als optimistisch (18,2 Prozent). Die Wählerschaft von MP und L hat die positivsten, die SD-Wählerschaft die negativsten Erwartungen an das kommende Jahr. Letzteres trifft auch auf Menschen in prekärerer wirtschaftlicher Lage und ideologisch nicht Festgelegte zu.

Abbildung 20 / Q28 – Wirtschaftliche Zukunftserwartungen

Meinen Sie, dass sich Ihre eigene wirtschaftliche Situation in den nächsten 12 Monaten ...

■ sehr verbessert ■ etwas verbessert ■ gleich bleibt ■ verschlechtert ■ massiv verschlechtert



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
sehr verbessert	10,3%	7,2%
etwas verbessert	27,2%	24,8%
gleich bleibt	47,4%	54,3%
verschlechtert	11,3%	10,5%
massiv verschlechtert	3,7%	3,1%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
sehr verbessert	25,0%	13,2%	9,8%	5,1%	3,4%	2,5%
etwas verbessert	37,9%	37,7%	36,0%	24,4%	16,2%	13,1%
gleich bleibt	29,3%	41,1%	37,8%	55,1%	63,5%	66,2%
verschlechtert	6,0%	6,0%	10,4%	9,6%	14,9%	15,6%
massiv verschlechtert	1,7%	2,0%	6,1%	5,8%	2,0%	2,5%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
sehr verbessert	8,6%	8,3%	9,2%
etwas verbessert	23,4%	27,3%	25,9%
gleich bleibt	53,8%	50,1%	50,1%
verschlechtert	9,6%	11,5%	11,3%
massiv verschlechtert	4,6%	2,8%	3,5%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
sehr verbessert	14,9%	4,2%	2,6%	6,8%
etwas verbessert	26,2%	26,5%	28,1%	23,7%
gleich bleibt	52,6%	53,1%	43,0%	37,3%
verschlechtert	5,3%	14,9%	18,4%	11,9%
massiv verschlechtert	1,0%	1,3%	7,9%	20,3%

Ideologie

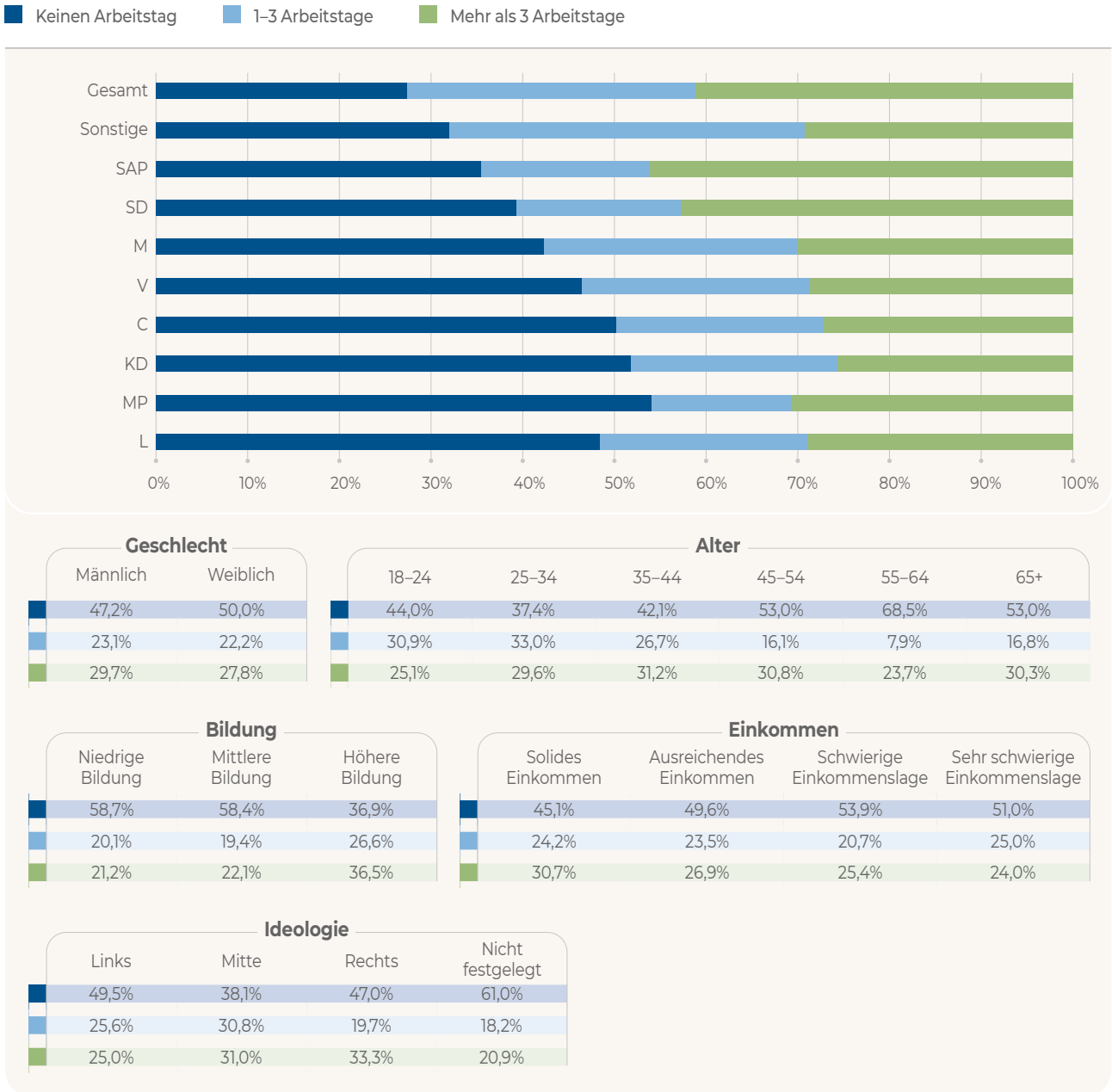
	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
sehr verbessert	6,6%	12,0%	9,8%	7,6%
etwas verbessert	27,0%	28,3%	22,9%	28,5%
gleich bleibt	57,1%	44,0%	51,8%	42,4%
verschlechtert	7,2%	12,7%	11,9%	15,8%
massiv verschlechtert	2,2%	3,0%	3,7%	5,7%

Arbeiten von zu Hause aus

Die Mehrheit aller Wählergruppen mit Ausnahme der Wähler*innen von SAP und kleineren Parteien hat zum Zeitpunkt der Datenerhebung – November 2020/2021 – in der Vorwoche nicht von zu Hause aus gearbeitet. Die Wähler*innen von SAP und SD arbeiteten am seltensten von zu

Hause aus, während die Wählerschaft von L, MP und KD die meiste Zeit im Homeoffice verbrachte. Jüngere Befragte (18 bis 44 Jahre), Personen mit hohem Einkommen und hohem Bildungsniveau sowie politisch in der Mitte Stehende arbeiteten häufiger von zu Hause aus als andere Gruppen.

Abbildung 21 / Q9 – »Wie häufig haben Sie in der letzten Woche von zu Hause aus gearbeitet?«



Einkommenssituation

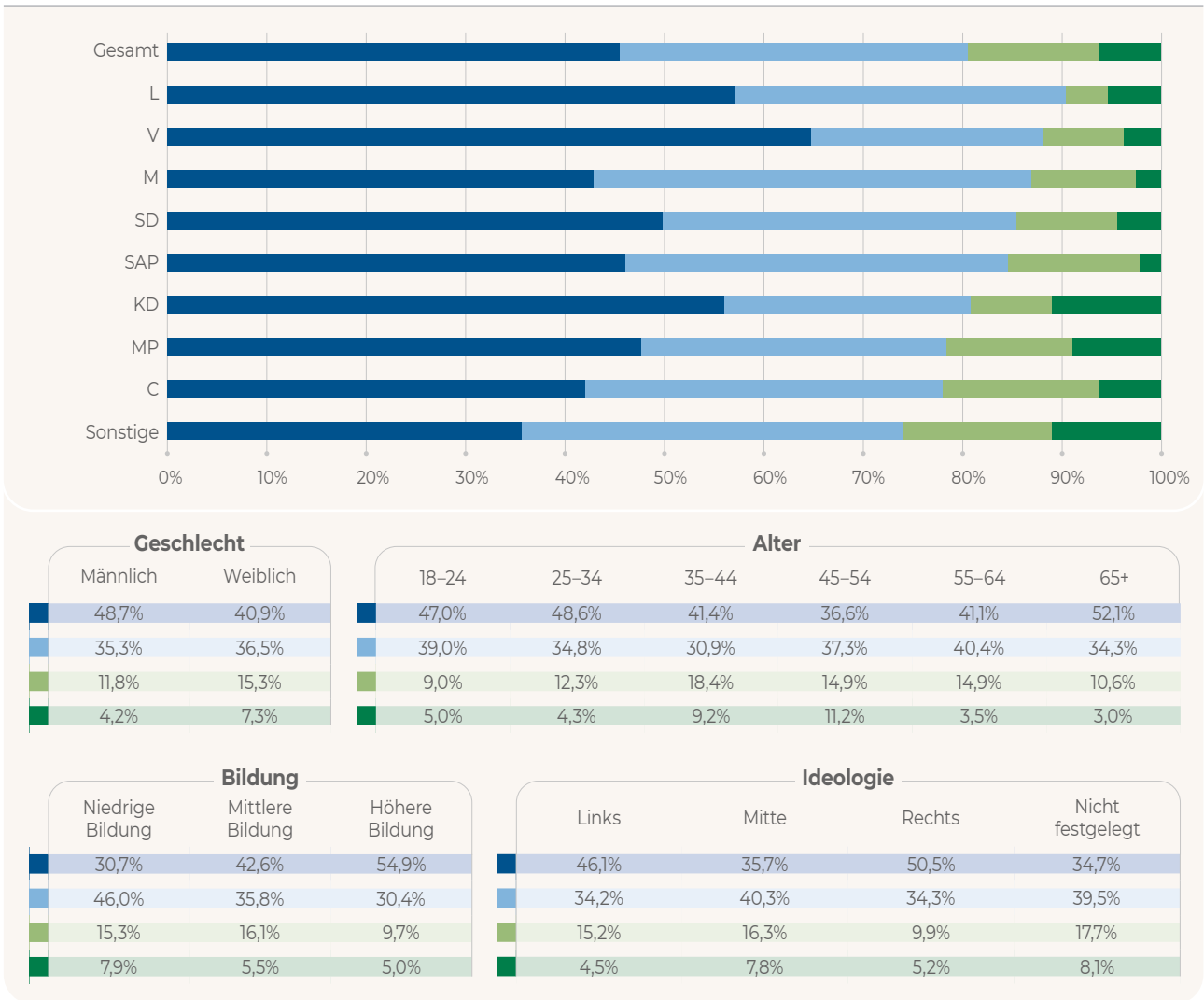
Die Mehrheit der schwedischen Bürger*innen (80 Prozent) lebt nach eigenen Angaben zufriedenstellend bzw. kommt mit ihrem Einkommen gut aus. Die Wählergruppen, die die größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben, sind die Wähler*innen von C und kleineren Parteien,

während die Wählerschaft von L, V und M größtenteils angibt, dass es ihr wirtschaftlich gut geht. Frauen, 35- bis 54-Jährige, Befragte mit niedrigerem Bildungsniveau, ideologisch nicht Festgelegte und politisch in der Mitte Stehende.

Abbildung 22 / Q12 – Einkommensverhältnisse

Welche dieser Einschätzungen trifft am ehesten auf Ihr momentanes Haushaltseinkommen zu?

■ Solides Einkommen ■ Ausreichendes Einkommen ■ Schwierige Einkommenslage ■ Sehr schwierige Einkommenslage



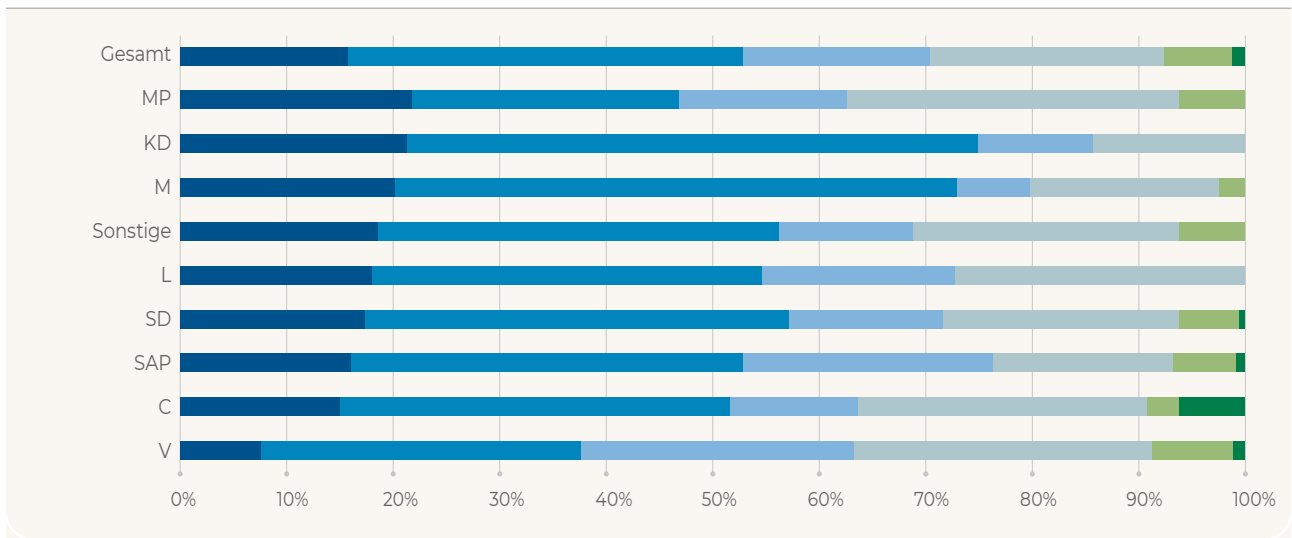
Wohneigentum

Was das Wohneigentum anbelangt, ist in Schweden der Anteil derjenigen, die abbezahltes Wohneigentum besitzen, geringer als in allen anderen in die Studie einbezogenen Ländern – er beträgt nur 15,9 Prozent. Der Anteil derjenigen, die über nicht abbezahltes Wohneigentum verfügen, ist jedoch beträchtlich. Bezieht man die Anteile beider Wohneigentumsformen ein, ist der Anteil der Eigentumsbesitzer in der Wählerschaft von KD und M erheblich höher als in anderen Wählergruppen. Der Anteil der Eigentumsbesitzer ist bei Männern höher als bei Frauen, während der Anteil der Eigen-

tümer nicht abbezahlten Wohneigentums in allen Altersgruppen ähnlich ist. Das Bildungsniveau korreliert eindeutig mit dem Wohneigentum, was sich darin zeigt, dass bei den Personen mit höherem Bildungsgrad der Anteil der Eigenheimbesitzer viel höher ist als in anderen Bildungsschichten. Das Einkommen ist ebenfalls ein Prädiktor für Wohneigentum: Je höher das Einkommen einer Person, desto wahrscheinlicher hat sie Wohneigentum. Nimmt man die ideologische Ausrichtung in den Blick, so zeigt sich, dass bei den Befragten des rechten Spektrums der Anteil der Eigentumsbesitzer höher ist als in anderen ideologischen Gruppen.

Abbildung 23 / Q12B – Wohneigentum

- Besitz eines Eigenheims
- Wohnungsbaugesellschaft als Vermieter
- Wohnungsgenossenschaft als Vermieter
- Besitz eines nicht abbezahlten Eigenheims
- Privater Vermieter
- Andere Wohnformen



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
■	19,0%	13,0%
■	41,5%	32,7%
■	14,2%	20,9%
■	19,0%	24,3%
■	5,6%	7,3%
■	0,6%	1,8%

Alter

	18–24	25–34	35–44	45–54	55–64	65+
■	14,8%	14,7%	16,5%	11,4%	11,6%	23,0%
■	33,6%	34,0%	41,8%	33,1%	34,2%	41,8%
■	14,8%	17,9%	14,7%	24,1%	21,3%	13,4%
■	16,4%	23,7%	17,6%	25,9%	31,0%	17,2%
■	15,6%	9,0%	6,5%	5,4%	1,9%	4,2%
■	4,9%	0,6%	2,9%	–	–	0,4%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
■	13,3%	13,3%	20,5%
■	27,6%	35,0%	44,5%
■	20,5%	18,6%	14,5%
■	27,6%	24,4%	15,5%
■	7,6%	7,7%	4,7%
■	3,3%	1,0%	0,3%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
■	23,3%	13,2%	4,2%	11,3%
■	46,2%	36,1%	26,7%	22,6%
■	13,7%	17,2%	23,3%	19,4%
■	12,7%	24,8%	35,0%	38,7%
■	3,8%	8,5%	10,0%	3,2%
■	0,2%	0,3%	0,8%	4,8%

Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
■	14,4%	15,2%	19,1%	13,2%
■	33,0%	33,9%	47,2%	28,2%
■	22,3%	20,5%	9,6%	21,3%
■	22,3%	19,9%	20,0%	25,9%
■	6,7%	9,4%	4,2%	8,0%
■	1,2%	1,2%	–	3,4%

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE 3

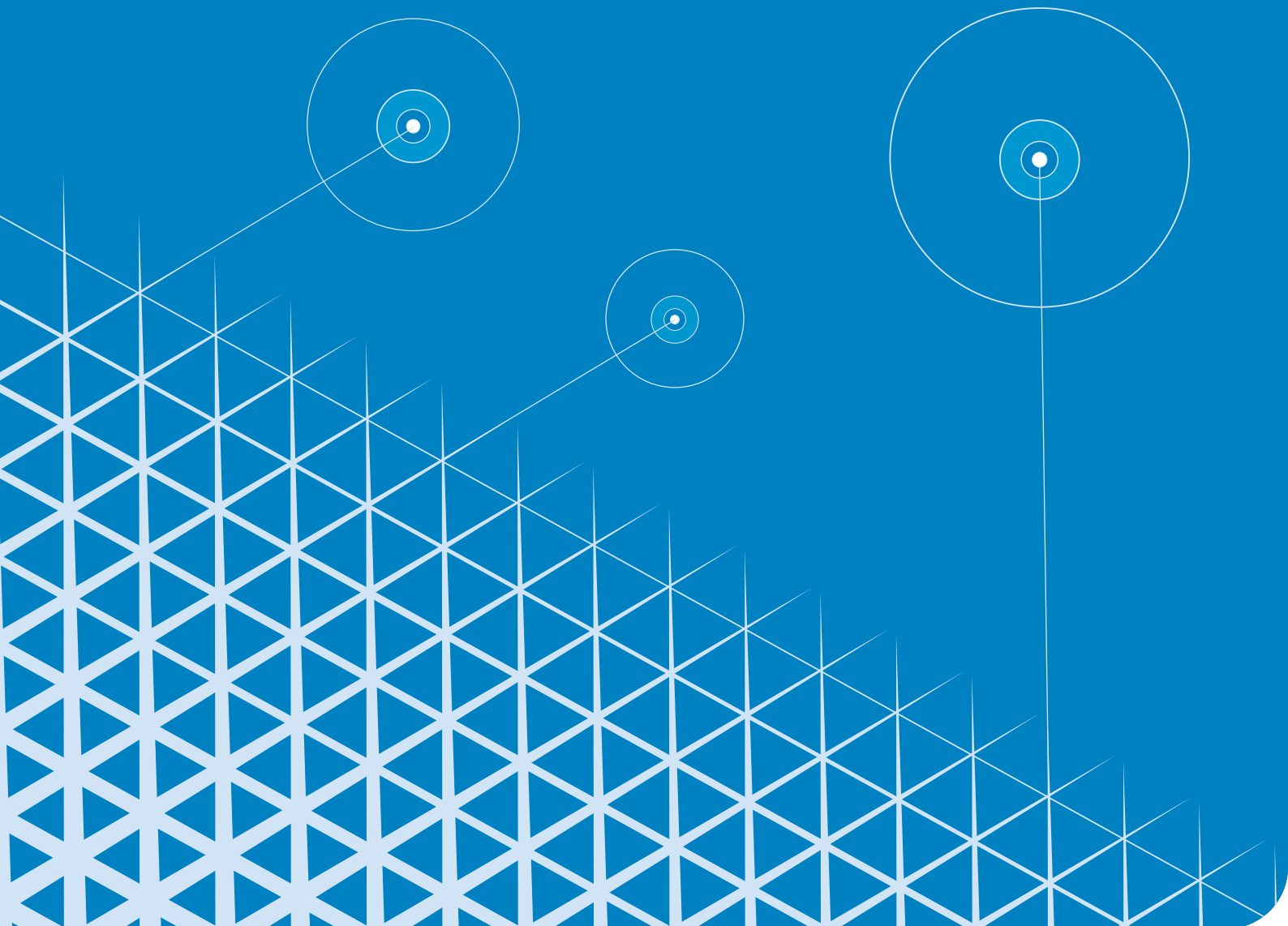
- Die überwiegende Mehrheit der Schwed*innen gibt an, dass ihre wirtschaftliche Lage von 2020 bis 2021 unverändert blieb oder besser geworden ist. Am höchsten ist der Anteil derjenigen, deren wirtschaftliche Lage sich nach eigener Wahrnehmung verschlechtert hat, bei SD- und L-Wähler*innen sowie bei Befragten mit schwieriger Einkommenslage und bei den ideologisch nicht Festgelegten.
- Die meisten Schwed*innen beurteilen die Konjunkturaussichten für das kommende Jahr (2022) positiv oder gehen davon aus, dass die wirtschaftliche Lage unverändert bleiben wird. Die positivsten Erwartungen haben die Wähler*innen von L und MP, jüngere Befragte und Einkommensstarke, während die Wählerschaft von SAP und SD sowie die Menschen in schwieriger wirtschaftlicher Lage die negativsten Erwartungen haben.
- In Bezug auf das Einkommen geben mehr als 80 Prozent der Schwed*innen an, dass sie mit ihrem derzeitigen Einkommen gut oder zumindest ausreichend leben können. Die Wähler*innen von L, V und MP sind die wirtschaftlich am besten gestellten Wählergruppen, ebenso wie die Menschen mit höherem Bildungsniveau und Befragte des rechten Spektrums. In der Wählerschaft von C und kleineren Parteien ist der Anteil der Menschen mit schwieriger Einkommenslage am höchsten.
- Politisch in der Mitte stehende Wähler*innen von KD und M besitzen im Vergleich zu anderen Wählergruppen sehr viel häufiger Wohneigentum.
- Auch Einkommen und Bildungsniveau sind Prädiktoren für Wohneigentum: Je höher das Einkommen und das Bildungsniveau einer Person ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie Wohneigentum hat.





KAPITEL 4

DIE SCHWEDISCHE BEVÖLKERUNG
HAT NACH WIE VOR GROSSES
VERTRAUEN IN DIE WISSENSCHAFT



Bewertung der EU-Mitgliedschaft

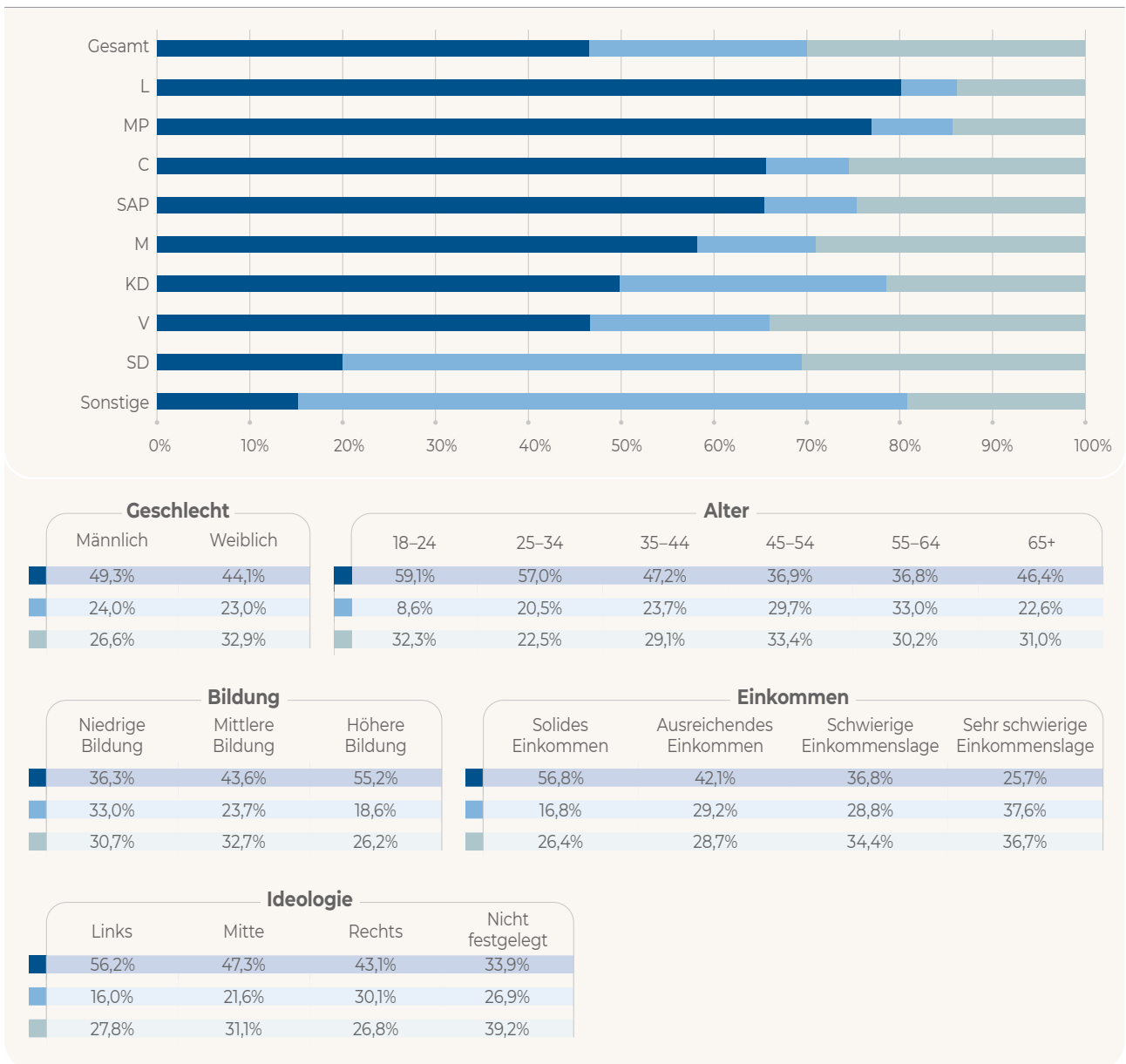
Weniger als die Hälfte der schwedischen Befragten (46,7 Prozent) sieht die EU-Mitgliedschaft ihres Landes positiv, während nur 23,6 Prozent die EU-Mitgliedschaft negativ bewerten. Eine mögliche Erklärung für die anscheinend geringe Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft ist der Umstand, dass die Bürger*innen der nordischen Länder die EU anders sehen als andere Europäer – für sie ist die Union in allererster Linie ein Handelsblock. Dennoch nimmt die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft in Schweden kontinuierlich zu. Die Ergebnisse unterscheiden sich je nach

Wahlverhalten, wobei die Wähler*innen von L, MP und C die EU-Mitgliedschaft Schwedens überwiegend positiv bewerten, während bei der SD-Wählerschaft und den Anhängern kleinerer Parteien der Anteil derjenigen, die Schwedens EU-Mitgliedschaft kritisch sehen, am größten ist. Was die demografische Zusammensetzung der Befragten anbelangt, ist der Anteil derjenigen, die Schwedens EU-Mitgliedschaft negativ bewerten, bei älteren Befragten, Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau, Personen mit schwieriger Einkommenslage und Befragten aus dem rechten Spektrum am größten.

Abbildung 24 / Q20 – EU-Mitgliedschaft

Wie sehen Sie die grundsätzlich die EU-Mitgliedschaft Ihres Landes?

■ Positiv ■ Negativ ■ Weder gut noch schlecht



Regulierung der Wirtschaft durch den Staat

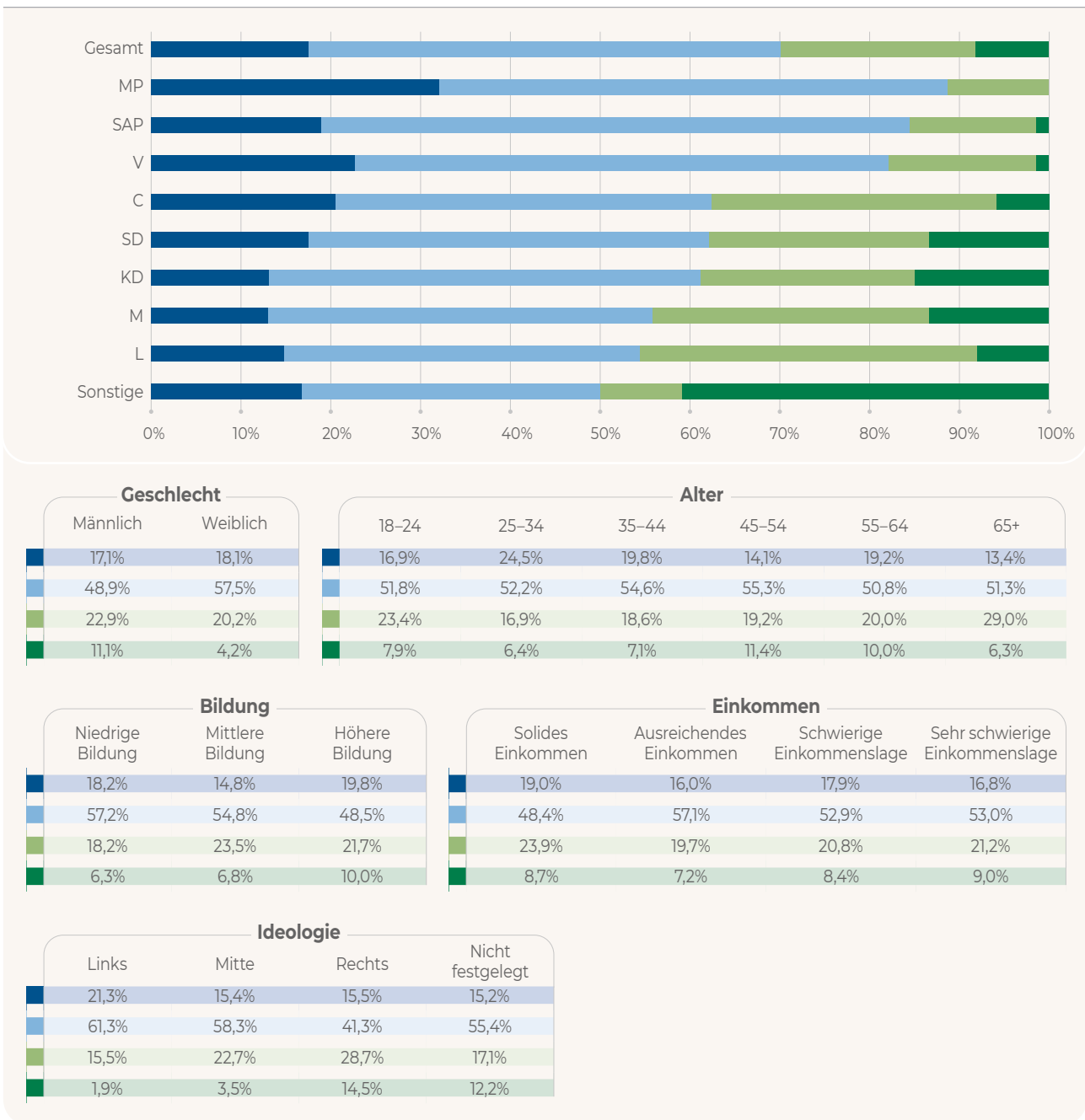
Was für die (gemäßigte) Linke eine gute Nachricht sein dürfte, ist die Tatsache, dass eine klare Mehrheit von 68,1 Prozent der schwedischen Befragten eine stärkere Regulierung der Wirtschaft durch den Staat befürwortet. Am stärksten vertreten ist diese Meinung bei der Wählerschaft von MP, SAP und V, wobei sogar eine knappe Mehrheit der Wähler*innen von SD und L dieser Meinung zustimmen; die Ablehnung ist am größten bei denjenigen, die für andere –

kleinere – Parteien stimmen. Die Meinung, der Staat dürfe nicht stärker regulierend eingreifen, ist neben der älteren Generation und den Befragten mit höherem und mittlerem Bildungsniveau am stärksten bei den Männern vertreten (was auf die geschlechtsspezifischen Unterschiede hindeutet, wobei Frauen eher für staatliche Eingriffe sind). Nicht überraschend ist, dass die Meinung, die Wirtschaft müsse stärker staatlich reguliert werden, bei ideologisch rechts stehenden Menschen am wenigsten verbreitet ist.

Abbildung 25 / Q41C – Staatliche Wirtschaftsregulierung

»Die Wirtschaft sollte stärker staatlich reguliert werden«

■ Stimme absolut zu ■ Stimme zu ■ Stimme nicht zu ■ Stimme absolut nicht zu



Misstrauen gegenüber der Wissenschaft

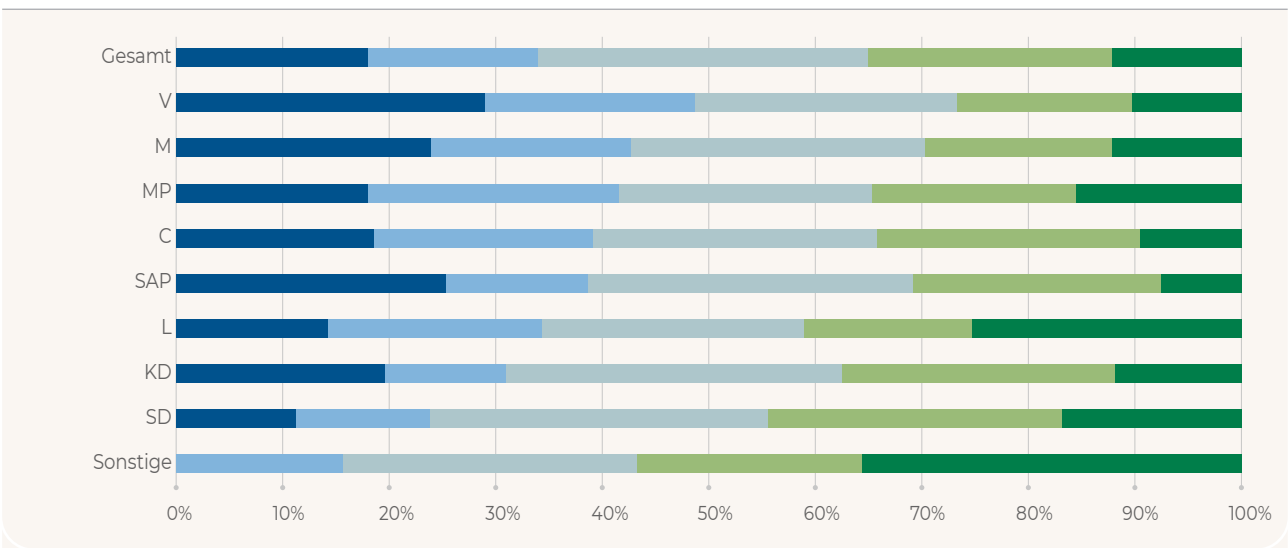
Beim Thema »Misstrauen gegenüber der Wissenschaft« – eine weit verbreitete Einstellung bei Bürger*innen, die dem Umgang mit der Corona-Pandemie kritisch gegenüberstehen – sind die Meinungen gleichmäßig verteilt: Mehr als 34,9 Prozent der schwedischen Befragten teilen die Ansicht, dass »die Menschen nicht erkennen, wie mangelhaft viele wissenschaftliche Studien tatsächlich sind«, während nur 34,1 Prozent der Befragten nicht dieser Meinung sind. Der Anteil der Befragten, die dieser Ansicht

nicht zustimmen, ist bei den Wähler*innen kleinerer Parteien höher als 50 Prozent; am kleinsten ist dieser Anteil bei den Wähler*innen von V und SAP. Am geringsten ist die Zustimmung bei den Wähler*innen von SD und L. 25- bis 44-Jährige, Befragte mit höherem Bildungsniveau und Einkommensschwache sowie diejenigen, die sich dem rechten Spektrum oder der politischen Mitte zuordnen, sind allesamt stärker davon überzeugt, dass die Wissenschaft mehr Fehler aufweist, als den Menschen bewusst ist.

Abbildung 26 / Q53 – Misstrauen gegenüber der Wissenschaft

»Die Menschen erkennen nicht, wie mangelhaft viele wissenschaftliche Studien tatsächlich sind«

■ Stimme absolut nicht zu ■ Stimme eher nicht zu ■ Weder noch ■ Stimme eher zu ■ Stimme absolut zu



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
Stimme absolut nicht zu	20,0%	16,0%
Stimme eher nicht zu	15,5%	16,5%
Weder noch	28,5%	33,8%
Stimme eher zu	23,4%	22,3%
Stimme absolut zu	12,6%	11,4%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
Stimme absolut nicht zu	12,6%	9,8%	19,4%	20,8%	18,7%	23,2%
Stimme eher nicht zu	21,0%	18,1%	15,7%	11,1%	14,0%	17,1%
Weder noch	31,8%	25,5%	29,7%	36,9%	34,2%	28,9%
Stimme eher zu	21,1%	28,7%	20,7%	21,5%	22,6%	22,5%
Stimme absolut zu	13,5%	17,9%	14,4%	9,7%	10,4%	8,2%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
Stimme absolut nicht zu	14,8%	18,2%	19,7%
Stimme eher nicht zu	17,2%	15,1%	16,3%
Weder noch	35,8%	32,3%	27,6%
Stimme eher zu	22,8%	22,8%	23,0%
Stimme absolut zu	9,5%	11,6%	13,4%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
Stimme absolut nicht zu	22,1%	16,4%	11,5%	8,8%
Stimme eher nicht zu	17,1%	16,0%	14,3%	12,5%
Weder noch	27,9%	32,5%	32,7%	40,9%
Stimme eher zu	21,3%	24,1%	27,5%	19,8%
Stimme absolut zu	11,6%	11,0%	14,0%	18,0%

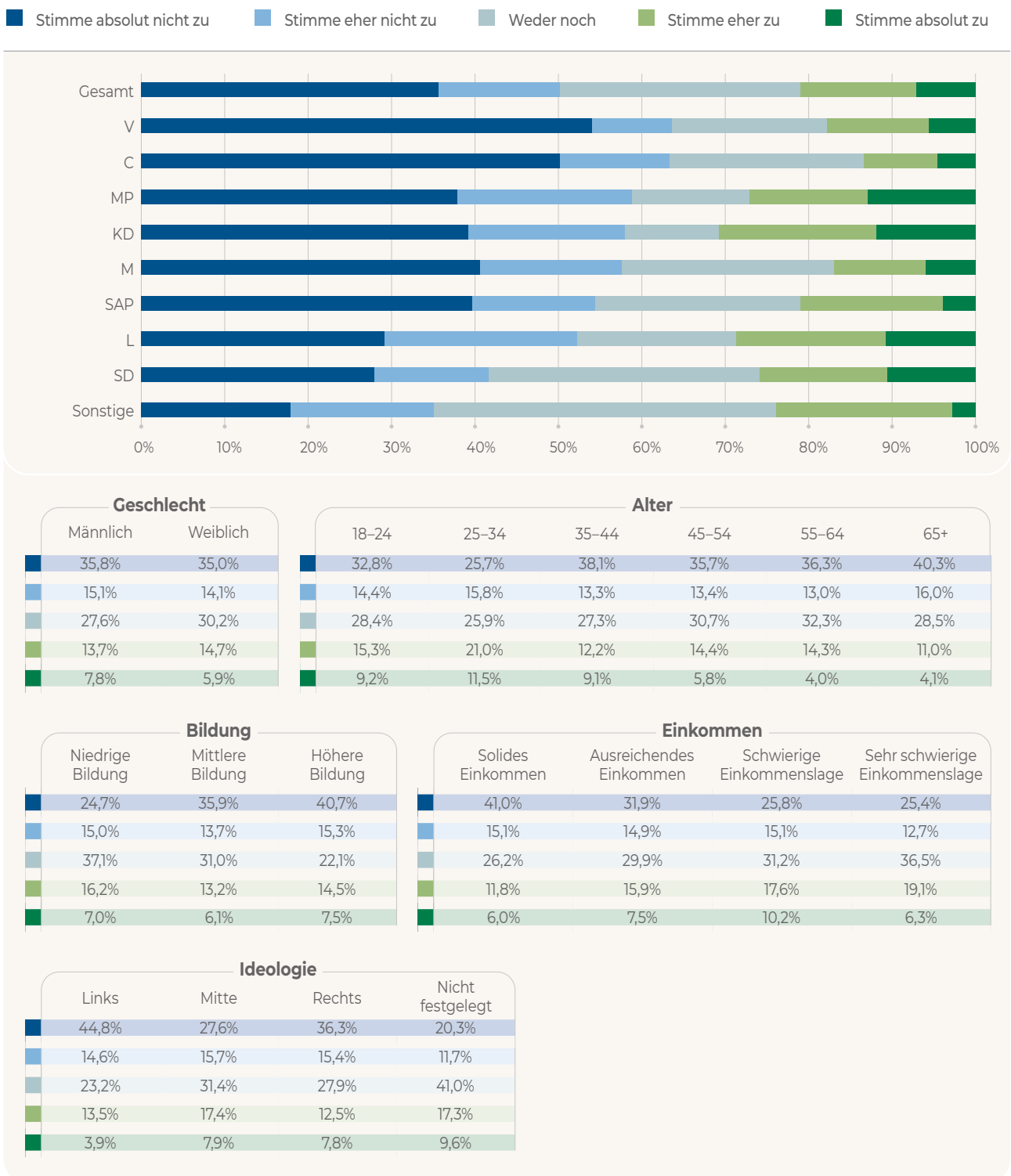
Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
Stimme absolut nicht zu	25,6%	11,6%	17,2%	9,7%
Stimme eher nicht zu	17,6%	16,5%	16,1%	11,6%
Weder noch	26,5%	35,4%	29,0%	42,5%
Stimme eher zu	21,2%	26,3%	24,1%	20,2%
Stimme absolut zu	9,1%	10,2%	13,6%	16,1%

Viele Befragte sind zudem besorgt über die gesellschaftliche Einflussnahme von Wissenschaftler*innen – bei 21,1 Prozent der Befragten ist diese Sorge (stark) ausgeprägt; 50 Prozent teilen diese Sorge nicht; rund 28,9 Prozent stehen dieser Aussage neutral gegenüber. Die Wählerschaft von KD, L und SD macht sich mehr Sorgen über den Einfluss der Wissenschaft auf die Gesellschaft, wäh-

rend die Wähler*innen von V, C, M und SAP sich die wenigsten Sorgen darüber machen. Bei den jüngeren Befragten, bei Menschen in wirtschaftlich prekären Verhältnissen, ideologisch nicht festgelegten Menschen und politisch in der Mitte Stehenden ruft dieses Thema größere Besorgnis hervor als in anderen demografischen Gruppen.

Abbildung 27 / Q53 – »Ich bin besorgt über die gesellschaftliche Einflussnahme von Wissenschaftler*innen«

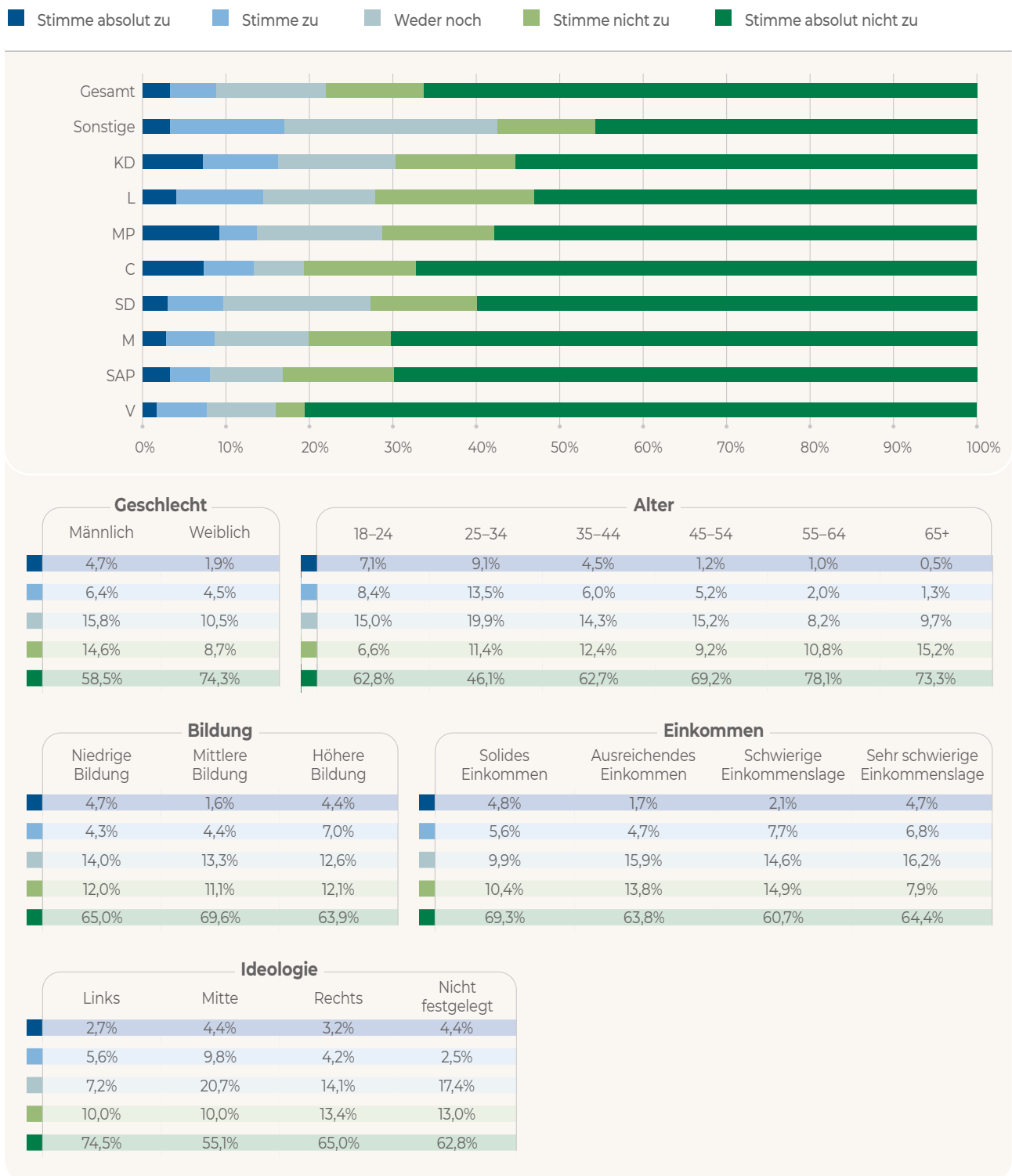


Meinungen zur Geschlechterungleichheit

Der Vorschlag, sich bei Arbeitsplatzknappheit wieder auf traditionelle Geschlechterrollen zu besinnen und der Erwerbstätigkeit von Männern den Vorrang zu geben, stimmt eine überwältigende Mehrheit in der schwedischen Öffentlichkeit nicht zu. 58 Prozent der Befragten lehnen ihn (entschieden) ab. Wähler*innen von kleineren

Parteien, KD und L sind am häufigsten dafür, dass Männer bei der Erwerbstätigkeit Vorrang vor Frauen haben sollten. In Bezug auf die demografische Zusammensetzung der Befragten findet diese Ansicht die größte Zustimmung bei Männern, jüngeren Befragten und ideologisch in der Mitte Stehenden.

Abbildung 28 / Q64 – »Bei Arbeitsplatzknappheit sollten Männer gegenüber Frauen ein Vorrangrecht auf Arbeit haben«



Zustimmung zur Einwanderung, Meinungsbild zum Klimawandel, zum Populismus und zum Wiederaufbauprogramm »NextGenerationEU«

Zum Themenkomplex »Zustimmung zur Einwanderung« wurden die Teilnehmenden der Umfrage auf zwei separaten Skalen danach befragt, ob Einwanderer die wirtschaftliche Entwicklung des Landes fördern und es kulturell bereichern. Der Index »Vertrauen in die Institutionen« besteht aus 6 Einzelfragen, die abklären sollen, inwieweit die Befragten verschiedenen nationalen und internationalen Institutionen vertrauen (siehe Kapitel zur Methodik). Die Durchschnittswerte zahlreicher Befragtengruppen werden in einem zweidimensionalen Streudiagramm darge-

stellt. Ideologisch links stehende Befragte, Wähler*innen von SAP, MP, L, C und V sowie die Einkommensstärksten und die Befragten mit dem höchsten Bildungsniveau sind in Schweden am einwanderungsfreundlichsten eingestellt. Hingegen sind SD-Wähler*innen, ideologisch nicht festgelegte und diejenigen, die mit ihrem Einkommen am schwersten über die Runden kommen, am wenigsten einwanderungsfreundlich eingestellt. Daraus lässt sich schließen, dass die Bürger in der prekärsten wirtschaftlichen Lage sich durch die Zuwanderung am stärksten bedroht fühlen. Im Gegensatz zu anderen Ländern sind die Befragten, die 65 Jahre oder älter sind, die einwanderungsfreundlichste Befragtengruppe.

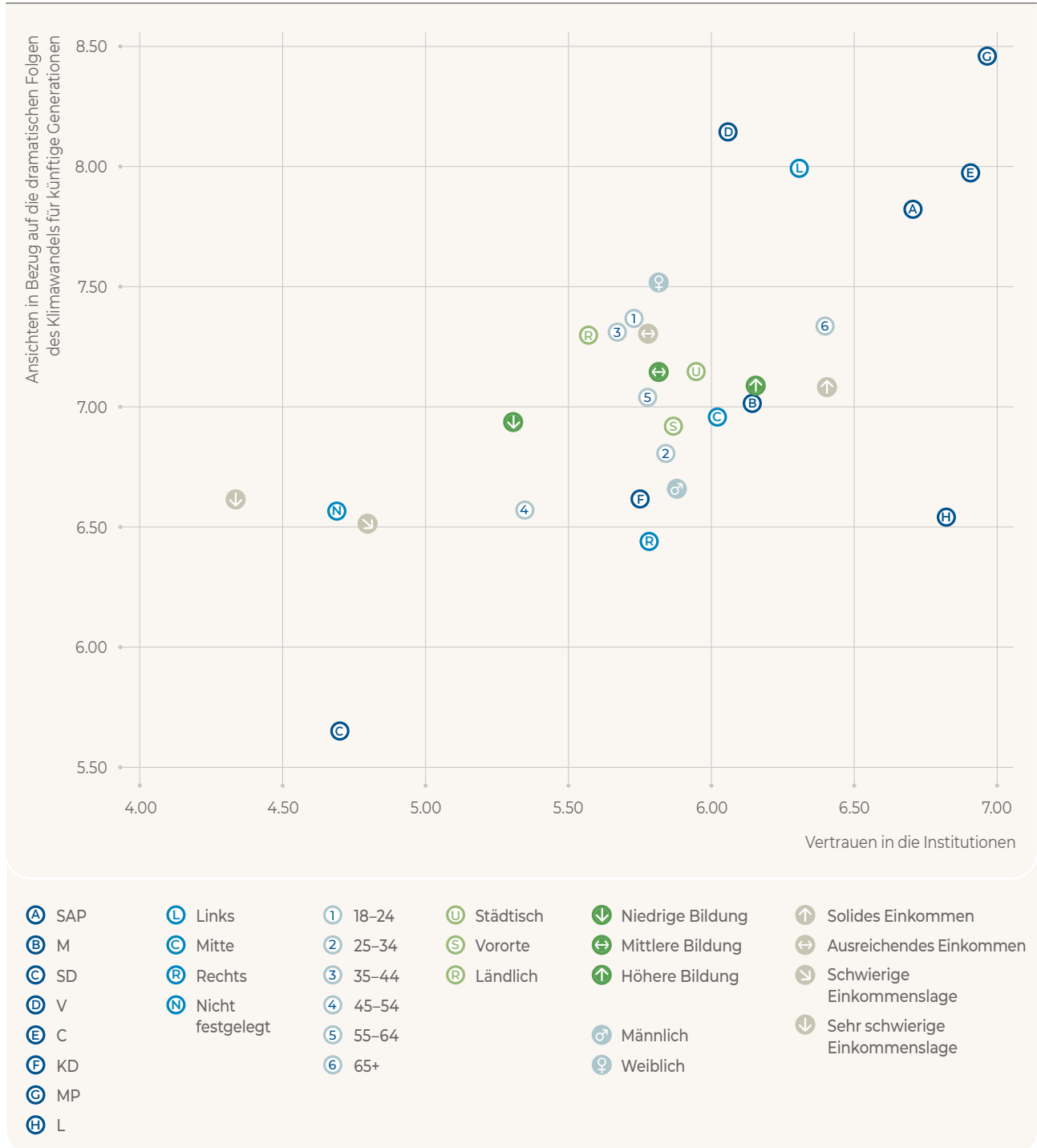
Abbildung 29 – Unterstützung für Einwanderung



Wie die obige Grafik zeigt, ist eine Mehrheit der schwedischen Bürger*innen sehr besorgt über die Folgen des Klimawandels für künftige Generationen. Alle Befragten-
gruppen einschließlich der SD-Wählerschaft liegen auf der Bewertungsskala zur Sorge um den Klimawandel über dem Durchschnitt. Erwartungsgemäß sind die Wähler von MP am stärksten besorgt über den Klimawandel, ebenso

wie die Wählerschaft anderer linker und der Mitte zuzuordnender Parteien. Befragte des rechten Spektrums, ideologisch nicht festgelegte Befragte, SD-Wähler*innen, Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau und Menschen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind über den Klimawandel am wenigsten besorgt.

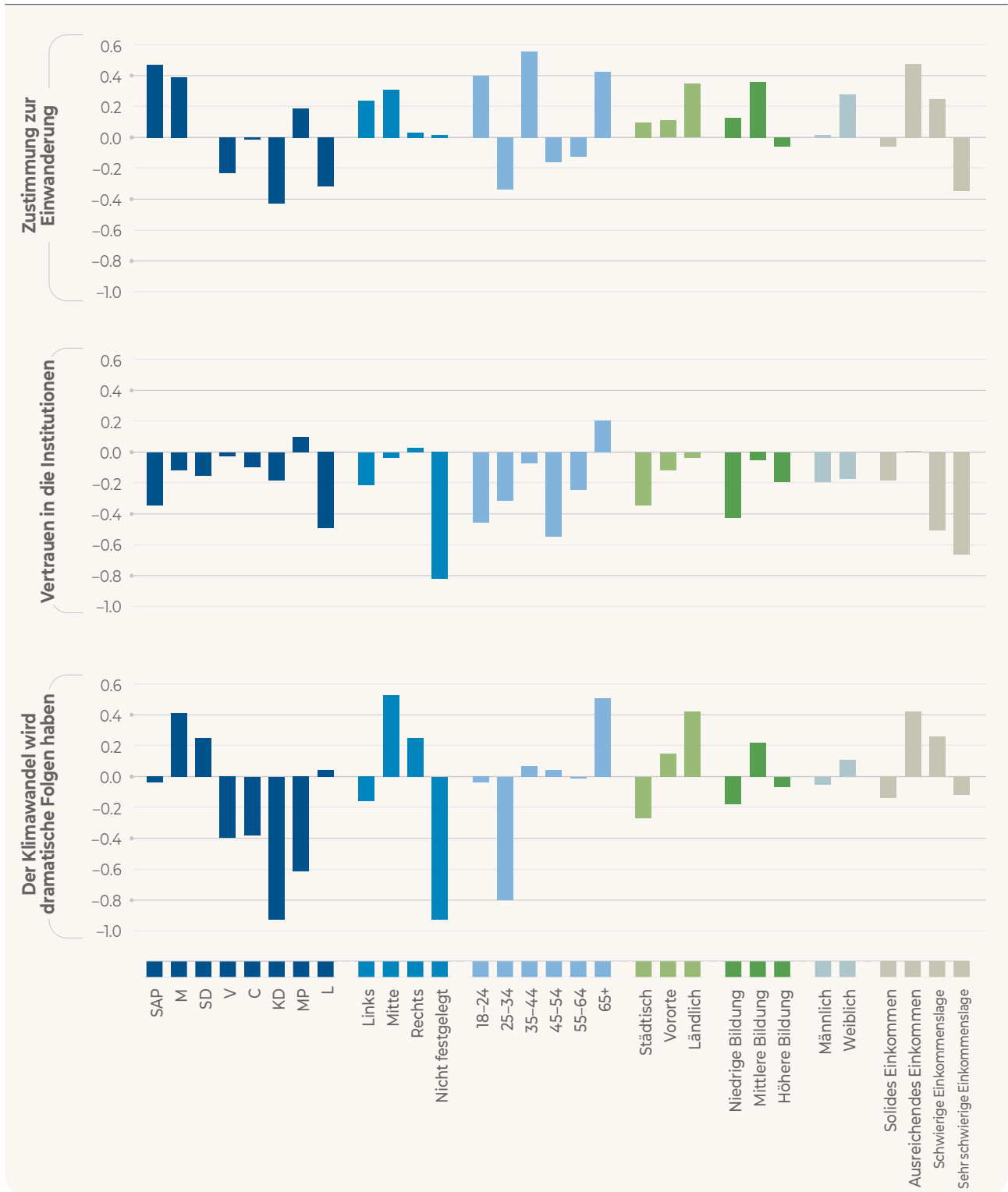
Abbildung 30 – Auswirkungen des Klimawandels



Nimmt man die Veränderungen im zeitlichen Verlauf in den Blick, so zeigt sich, dass in den meisten Wählergruppen die Sorge über den Klimawandel heute größer ist als vor einem Jahr, wobei ein deutlicher Anstieg bei den 35- bis 44-Jährigen und den Befragten mit solider Einkommenslage zu verzeichnen ist. Andererseits ist das Vertrauen in die Institutionen in fast allen Befragtengruppen gesunken, insbesondere bei den ideologisch nicht Fest-

gelegten und den Menschen mit schwieriger Einkommenslage. Bei den Veränderungen der Zustimmung zur Einwanderung zeigt sich ein gemischtes Bild: Gewachsen ist die Zustimmung vor allem bei den Befragten, die der politischen Mitte zuzuordnen sind, sowie bei älteren Befragten; zurückgegangen ist sie bei den Wähler*innen von KD und den ideologisch nicht Festgelegten.

Abbildung 31



Ein erheblicher Teil der schwedischen Befragten glaubt an mindestens eine Verschwörungstheorie, wie die hohen Durchschnittswerte (mehr als 5 von 10) des Index »Verschwörungsglaube« in allen Befragtengruppen zeigen. Eine Ausnahme bilden hier nur die Wähler*innen der Liberalen Partei. Es überrascht nicht, dass SD-Wähler*innen für Verschwörungsthesen am anfälligsten sind, ebenso wie

Befragte mit Einkommensproblemen, ideologisch nicht festgelegte oder politisch rechts Stehende sowie die Wählerschaft im ländlichen Raum. Am wenigsten empfänglich für Verschwörungsglauben sind hingegen die Wähler*innen linker und der Mitte zuzuordnender Parteien sowie die Menschen mit solidem Einkommen, die Befragten mit höherem Bildungsniveau und ältere Befragte.

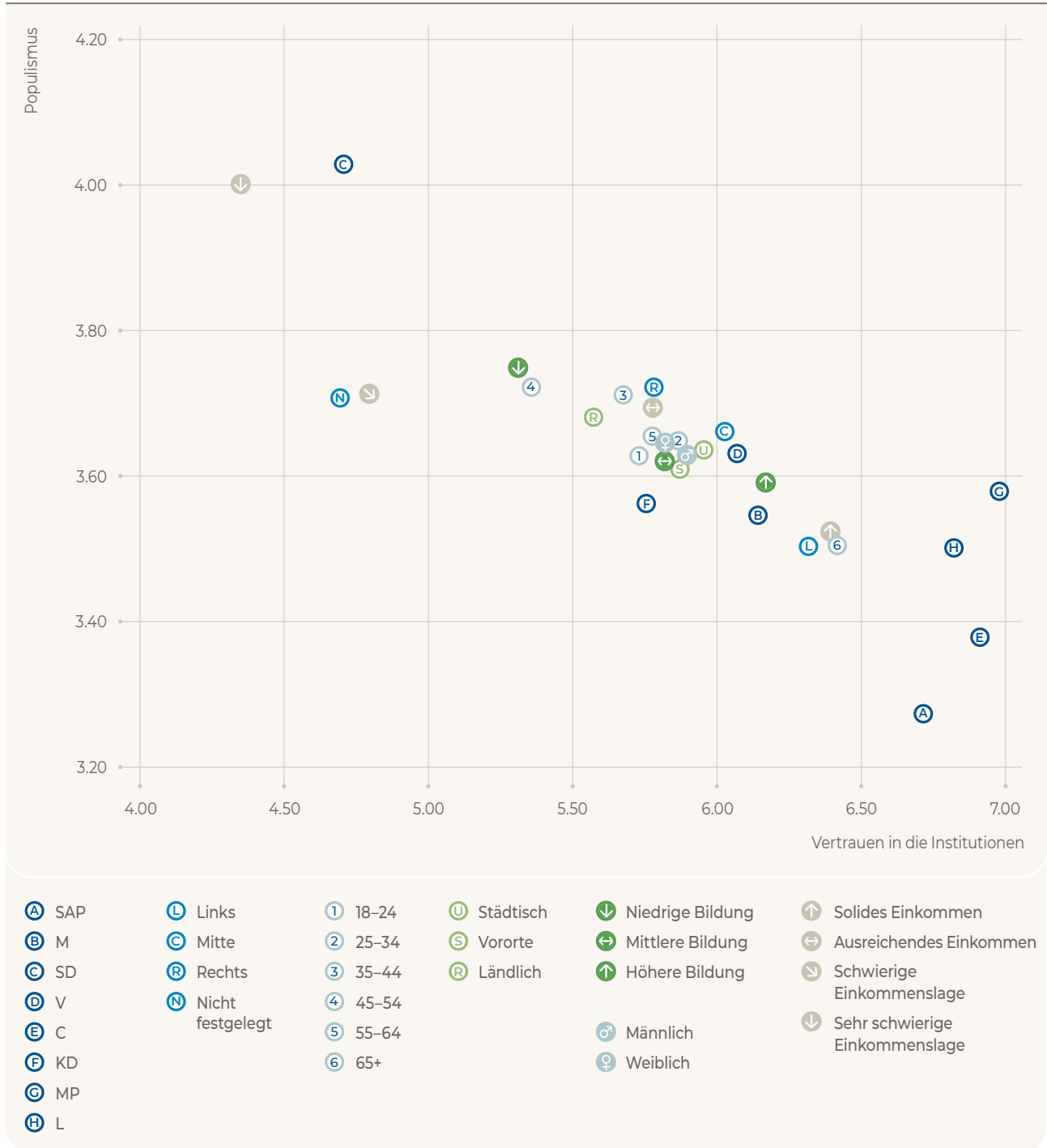
Abbildung 32 – Glaube an Verschwörungstheorien



Beim Thema Populismus – als Gradmesser wurden hier die anti-elitären Ressentiments herangezogen – zeigt sich deutlich, dass Wähler*innen von RN und LRI sowie Befragte mit schwieriger Einkommenslage, politisch rechts stehende oder ideologisch nicht festgelegte sowie 35- bis 54-Jährige und die Befragten mit niedrigerem Bildungsniveau zu den für Populismus empfänglichsten Befrag-

tengruppen gehören. Die Wählerschaft von SAP, C und L, Menschen mit solidem Einkommen und die Befragten, die 65 Jahre oder älter sind, gehören zu den für Populismus am wenigsten anfälligen demografischen Gruppen in Schweden. Zwischen den anderen demografischen Gruppen gibt es keine wesentlichen Unterschiede.

Abbildung 33 – Populismusanhänger



Das Wiederaufbauprogramm »NextGenerationEU«, das von der Europäischen Kommission als Strategie für die Umgestaltung von Gesellschaft und Wirtschaft nach der COVID-19-Pandemie vorgelegt wurde, stößt in der schwedischen Öffentlichkeit auf größere Zustimmung als in anderen Ländern. Am höchsten ist die Zustimmung bei den Wähler*innen von MP, SAP, L und C, bei politisch links Stehenden, bei

jüngeren Befragten und bei den Befragten mit solidem Einkommen. Am geringsten ist die Zustimmung hingegen bei SD-Wähler*innen, ideologisch nicht festgelegten Personen und Menschen in wirtschaftlich schwieriger Lage. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass wirtschaftlich schwache Gruppen befürchten, der sozioökonomische Wandel könnte sich negativ auf ihr Leben auswirken.

Abbildung 34 – Unterstützung für NextGenerationEU-Plan



DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE 4

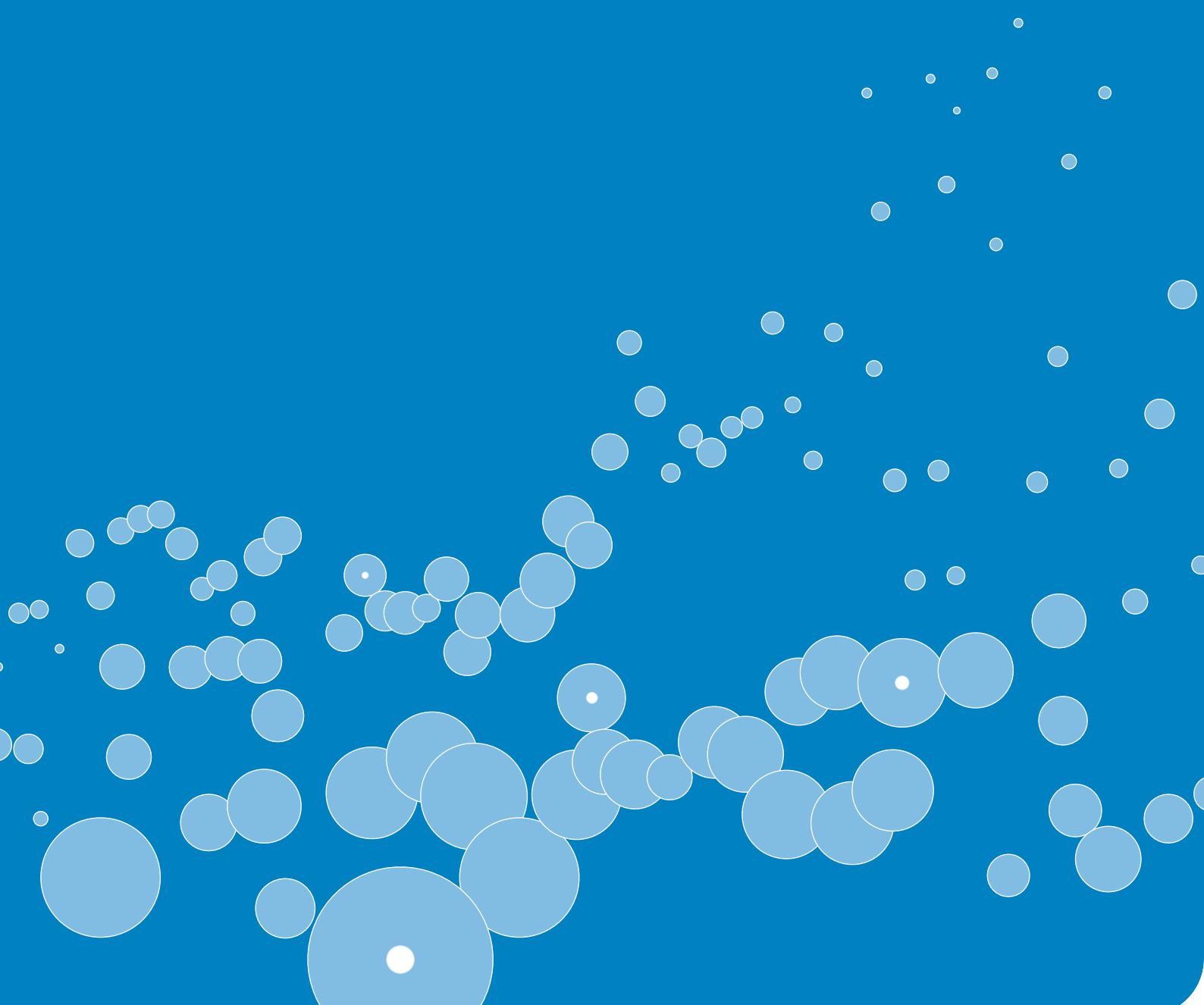
- Obwohl relativ wenige Schwed*innen die EU-Mitgliedschaft ihres Landes negativ bewerten, hat fast ein Drittel der Befragten eine ambivalente Einstellung zur EU. Die Wählerschaft von L, MP und V bewertet Schwedens Mitgliedschaft in der EU am positivsten, während bei der SD-Wählerschaft und den Anhängern kleinerer Parteien der Anteil derjenigen, die die EU-Mitgliedschaft Schwedens kritisch sehen, am größten ist.
- Eine klare Mehrheit von 70 Prozent der schwedischen Befragten befürwortet eine stärkere Regulierung der Wirtschaft durch den Staat. Selbst unter L- und M-Wähler*innen liegt der Anteil derer, die dem zustimmen, bei über 50 Prozent.
- Die Ergebnisse zeigen, dass die schwedische Öffentlichkeit nach wie vor großes Vertrauen in die Wissenschaft hat. Am größten ist das Misstrauen bei der Wählerschaft von SD, KD und kleineren Parteien, während die Wähler*innen von MP, SAP und V der Wissenschaft am positivsten gegenüberstehen.
- Nur sehr wenige Schwed*innen sind der Ansicht, dass Männer in Zeiten knapper Arbeitsplätze den Vorrang bei der Erwerbstätigkeit haben sollten. Am größten ist die Zustimmung zu dieser Ansicht bei der Wählerschaft von KD und kleineren Parteien sowie bei Männern, jüngeren Befragten, Menschen mit geringerem Bildungsniveau und ideologisch in der Mitte stehenden Befragten.
- Parteipräferenz, Alter, Bildungsniveau und Einkommenssituation sind die aussagekräftigsten Prädiktoren für die Zustimmung zur Einwanderung, wobei Wähler*innen linker Parteien, Wohlhabendere, Menschen mit höherem Bildungsniveau und ältere Befragte die positivste Einstellung gegenüber Einwanderern haben. Am stärksten ausgeprägt ist die ablehnende Haltung gegenüber der Einwanderung hingegen bei der SD-Wählerschaft, bei den ideologisch nicht festgelegten und bei Menschen mit schwieriger Einkommenslage.
- Alle Befragten sind zumindest in gewissem Ausmaß besorgt über den Klimawandel – selbst diejenigen, die den menschlichen Einfluss auf das Klima traditionell bezweifeln wie z. B. die Befragten mit niedrigerem Bildungsniveau und Menschen aus dem rechten Spektrum. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass die Bürger*innen Maßnahmen gegen den Klimawandel akzeptieren, die sich unmittelbar nachteilig auf ihre wirtschaftliche Situation auswirken, wie etwa steigende Energiepreise.
- Der Verschwörungsglaube – nach einem Index mit nicht auf die Pandemie bezogenen Fragen – ist am stärksten verbreitet in der SD-Wählerschaft, bei den ideologisch nicht festgelegten, bei Menschen mit schwieriger Einkommenslage – ein Indiz für die grundsätzlich misstrauische Weltsicht vieler Befragter in diesen demografischen Kategorien. Die Wähler*innen von L, SAP und V sowie Befragte im linken Spektrum glauben am wenigsten an Verschwörungstheorien.
- Die am stärksten für Populismus anfälligen Befragten sind die SD-Wählerschaft sowie Befragte mit schwieriger Einkommenslage. Die Wähler*innen von SAP, C und L sind die für Populismus am wenigsten anfälligen demografischen Gruppen in Schweden.
- Das Programm »NextGenerationEU« stößt eindeutig bei den Wähler*innen der Parteien der Mitte und des linken und liberalen Spektrums auf die größte Zustimmung, während die SD-Wählerschaft, ideologisch nicht festgelegte Befragte und Menschen mit schwieriger Einkommenslage das Maßnahmenpaket eher negativ bewerten.





KAPITEL 5

DER ZUSPRUCH ZU SD, V UND M
IST ZU LASTEN ANDERER PARTEIEN
DEUTLICH GESTIEGEN



Politische Ideologie

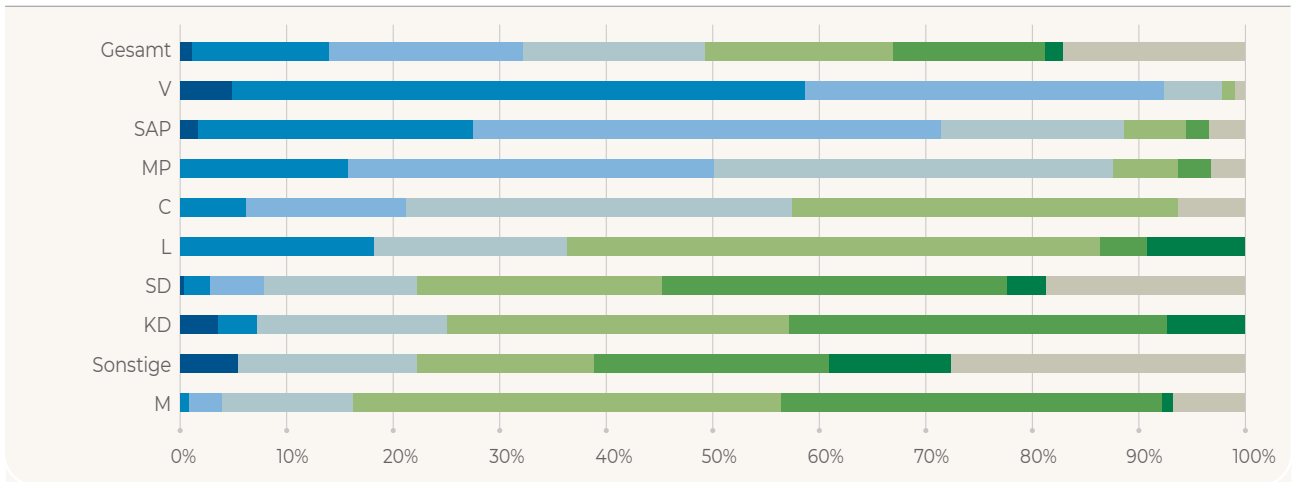
Im Vergleich zwischen politischer Orientierung und Parteienwahl zeigt sich ein sehr logisches und konsistentes Muster. Fast 6 von 10 politisch links Orientierten sehen sich selbst als Mitte-Links, während auf der rechten Seite des Spektrums der entsprechende Anteil 5 von 10 beträgt. Die große Mehrheit der Schwed*innen sieht sich selbst

eindeutig als politisch gemäßigt. Dies steht in krassem Gegensatz zum politischen Diskurs, der oft von Extrempositionen dominiert wird, die jedoch ganz offensichtlich nur von einer Minderheit vertreten werden. 17 Prozent der Schwed*innen ordnen sich selbst der politischen Mitte zu. Nur ein sehr kleiner Teil der schwedischen Wähler*innen ordnet sich selbst den politischen Extremen zu.

Abbildung 35 / Q71 – Politische Ideologie

Welche der folgenden Zuschreibungen beschreibt am treffendsten Ihre politische Einstellung?

Radikal links Links Mitte-links Mitte Mitte-rechts Rechts Radikal rechts Nichts von allem



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
Radikal links	1,7%	0,7%
Links	12,6%	12,8%
Mitte-links	19,0%	19,4%
Mitte	13,6%	17,2%
Mitte-rechts	21,7%	14,9%
Rechts	18,8%	12,8%
Radikal rechts	2,2%	0,9%
Nichts von allem	10,4%	21,3%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
Radikal links	1,2%	2,5%	2,1%	0,9%	0,006410256	0,4%
Links	13,6%	14,9%	13,3%	11,1%	15,4%	9,9%
Mitte-links	16,9%	14,3%	20,6%	15,0%	21,5%	23,9%
Mitte	17,5%	19,0%	15,3%	16,2%	13,1%	12,4%
Mitte-rechts	13,6%	16,5%	13,6%	20,7%	14,4%	25,6%
Rechts	10,7%	11,1%	13,0%	19,5%	18,3%	19,3%
Radikal rechts	2,5%	3,8%	1,8%	0,9%	1,3%	0,6%
Nichts von allem	24,0%	17,8%	20,4%	15,6%	15,4%	8,0%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
Radikal links	1,2%	1,0%	1,5%
Links	12,7%	13,6%	11,8%
Mitte-links	21,2%	18,1%	19,6%
Mitte	13,7%	16,5%	15,5%
Mitte-rechts	13,9%	18,4%	20,5%
Rechts	13,7%	15,8%	17,1%
Radikal rechts	1,2%	1,0%	2,2%
Nichts von allem	22,3%	15,7%	11,9%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
Radikal links	1,0%	1,4%	1,6%	-
Links	11,1%	13,1%	14,3%	14,0%
Mitte-links	21,1%	19,5%	17,5%	13,7%
Mitte	13,4%	16,1%	20,1%	19,9%
Mitte-rechts	21,9%	19,6%	7,7%	15,1%
Rechts	18,0%	15,2%	14,6%	14,8%
Radikal rechts	2,1%	1,1%	1,6%	1,7%
Nichts von allem	11,4%	14,0%	22,6%	20,7%

Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
Radikal links	3,6%	-	-	-
Links	38,4%	-	-	-
Mitte-links	58,0%	-	-	-
Mitte	-	100,0%	-	-
Mitte-rechts	-	-	51,4%	-
Rechts	-	-	44,3%	-
Radikal rechts	-	-	4,3%	-
Nichts von allem	-	-	-	100,0%

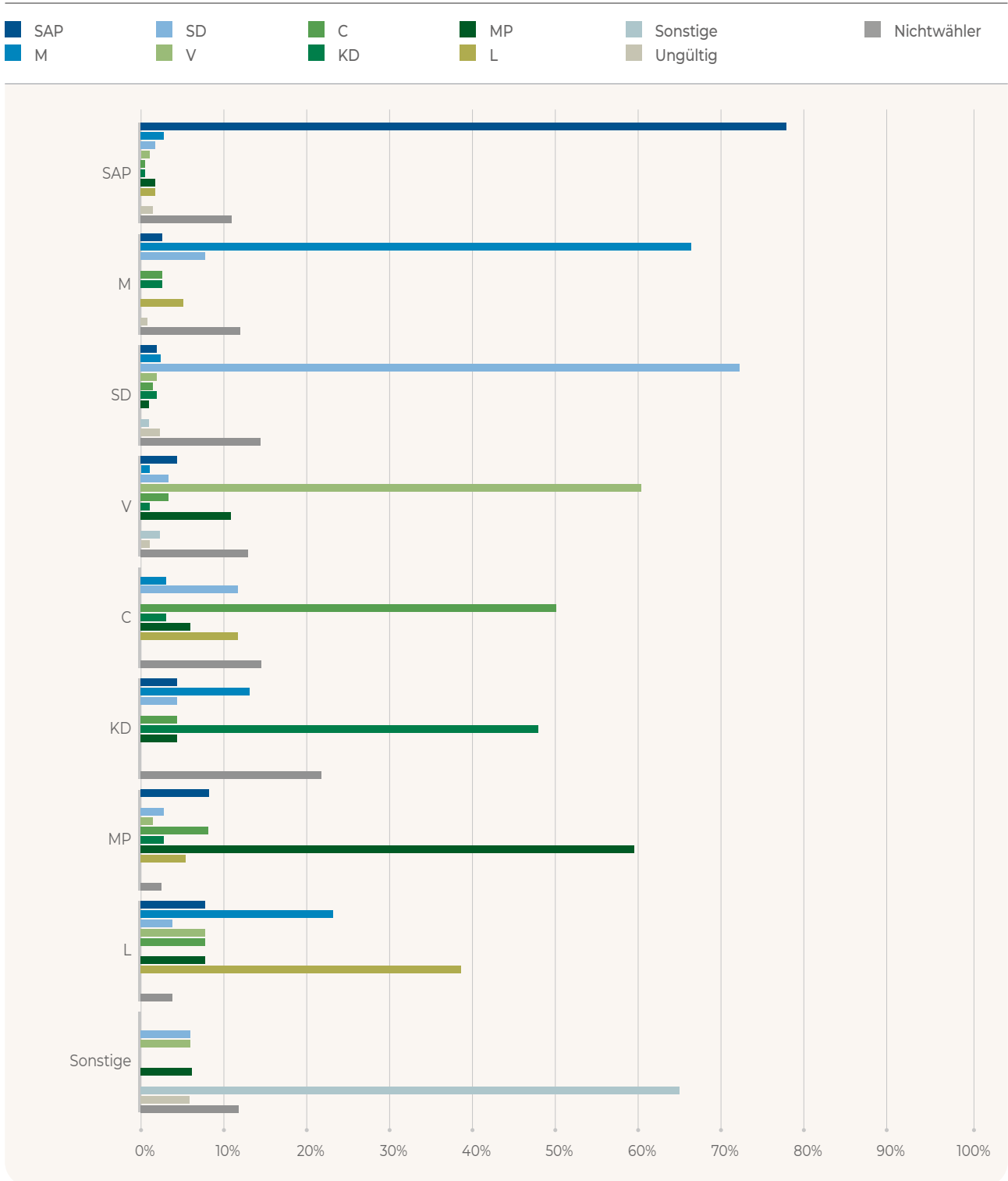
Diejenigen, die sich der radikalen Linken zuordnen, konzentrieren sich hauptsächlich in der Wählerschaft von V, wobei sehr wenige sich der SAP zuordnen. Die große Mehrheit der Wählerschaft von SAP und MP ordnet sich selbst dem Mitte-links-Spektrum oder der Mitte zu. Der größte Anteil rechter Wähler*innen ist in der Wählerschaft von M zu finden, während der größte Anteil rechtsextremer Wähler*innen überraschenderweise eher in der L-Wählerschaft als in der SD-Wählerschaft anzutreffen ist (dies ist möglicherweise ein Artefakt, das auf die sehr geringe Anzahl von Befragten zurückzuführen ist). Die meisten Anhänger der politischen Mitte sind in der Wählerschaft von MP anzutreffen. Bei den Männern und bei den 18- bis 24-Jährigen ist der Anteil derjenigen,

die sich dem rechten Flügel zuordnen, höher; bei Frauen, Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau und Befragten mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist der Anteil derjenigen, die sich keiner ideologischen Richtung zuordnen, höher.

Stimmverhalten bei der Europawahl 2019

Die meisten Befragten, die bei der Europawahl 2019 eine bestimmte Partei gewählt haben, beabsichtigten in dem Fall, dass zum Zeitpunkt der Datenerhebung eine landesweite Parlamentswahl stattgefunden hätte, derselben Partei ihre Stimme zu geben. Die SAP-Wähler*innen sind ihrer Partei am treuesten – 77,8 Prozent wollten bei einer landesweiten Parlamentswahl weiterhin für die

Abbildung 36 – Für welche Partei haben Sie bei der Europawahl 2019 gestimmt?



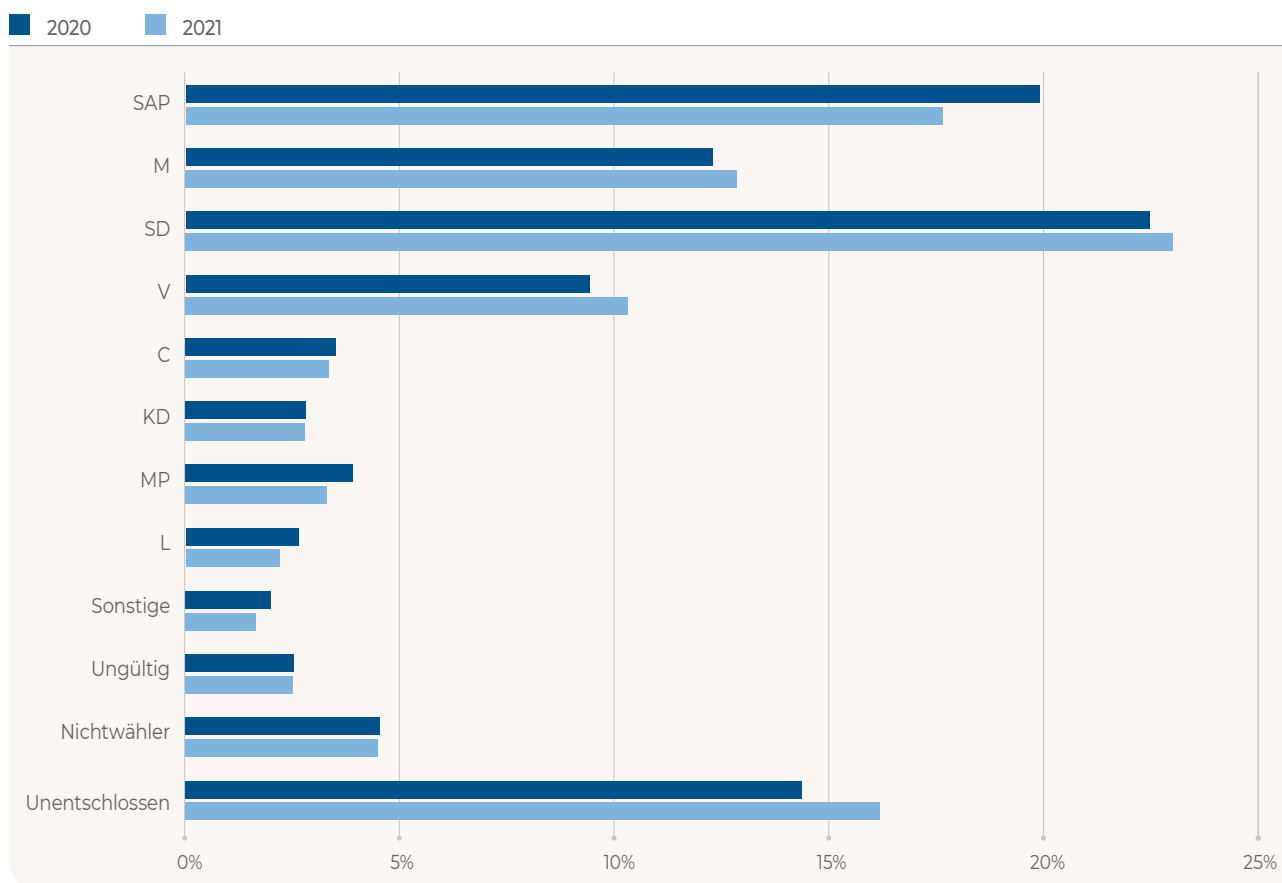
Partei stimmen, während nur 38,5 Prozent der L-Wähler*innen angaben, wieder diese Partei zu wählen. Es gibt offensichtlich eine beträchtliche Wählerabwanderung bei den kleineren Parteien – L, KD und C.

Veränderungen der Wahlabsicht von 2020 zu 2021

Betrachtet man die Veränderungen des Wahlverhaltens 2021 im Vergleich zu 2020, zeigen sich einige kleinere Ver-

schiebungen bei den Präferenzen der schwedischen Befragten. Der Zuspruch zu den regierenden Sozialdemokraten und den Parteien C, MP und L, die die Regierung des früheren Ministerpräsidenten Stefan Löfven unterstützt haben, ist leicht zurückgegangen, während der Zuspruch zu M, SD und V gewachsen ist. Der Anteil der Befragten, die nicht wissen, welche Partei sie wählen würden, ist ebenfalls gestiegen.

Abbildung 37 – Wenn morgen Reichstagswahl wäre, welcher Partei würden Sie Ihre Stimme geben?



DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE 5

- Die Befragten, die sich mit radikalen linken oder rechten Ideologien identifizieren, machen weniger als 3 Prozent der schwedischen Wählerschaft aus, während die linken und links von der Mitte stehenden Befragten eine größere Befragtengruppe darstellen als ihre Pendanten auf der rechten Seite des Spektrums. Die Partei mit dem größten Zuspruch seitens der linken Wähler*innen ist V, während die M-Wählerschaft sich am ehesten dem rechten Flügel zuordnet.
- Die meisten Befragten, die bei der Europawahl 2019 eine bestimmte Partei gewählt haben, beabsichtigten bei einer landesweiten Parlamentswahl, sehr

wahrscheinlich derselben Partei ihre Stimme zu geben. Bei V und SD war die Wahrscheinlichkeit, dass sie ihre Wählerschaft halten können, am höchsten, während bei KD, C und L Wählerverluste am wahrscheinlichsten waren.

- Die in der Umfrage ersichtlichen Verschiebungen im Wahlverhalten von 2020 auf 2021 zeigen, dass die Unterstützung für SD, V und M leicht zugenommen hat, während der Zuspruch zu den restlichen Parteien zurückgegangen ist. Überraschenderweise ist in beiden Erhebungswellen die SD die stärkste Partei, wobei sich dies durch die unentschiedenen Wähler*innen ändern könnte.



KAPITEL 6

BEI SD UND V IST DER ANTEIL DER WÄHLERINNEN UND WÄHLER MIT MITTLEREM UND NIEDRIGEM BILDUNGSNIVEAU AM HÖCHSTEN

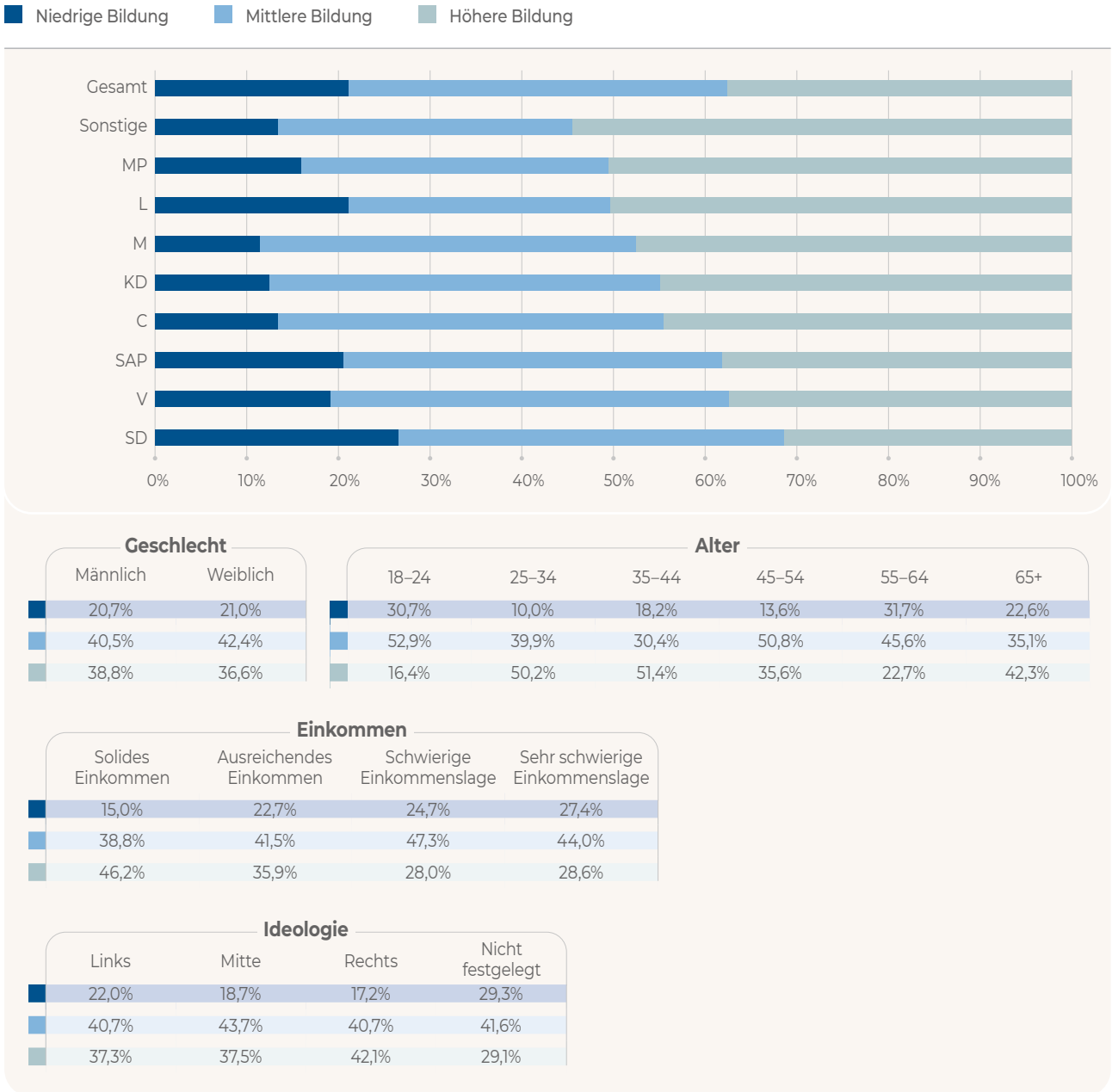


Bildung

Was die Frage der Bildung betrifft, so sind die Wählergruppen mit dem größten Anteil an höher Gebildeten die Wählerschaft von MP und die Anhänger*innen kleinerer Parteien, während die Gruppen mit dem geringsten Anteil an höher Gebildeten die Wähler*innen von SD

und V sind. Auch die Wählerbasis von SAP gehört zu den Befragten mit niedrigerem Bildungsniveau – im Unterschied zu anderen Ländern, in denen sozialdemokratische Wähler*innen überwiegend ein höheres Bildungsniveau haben.

Figure 38 – Bildung



Teilnahme an Gottesdiensten

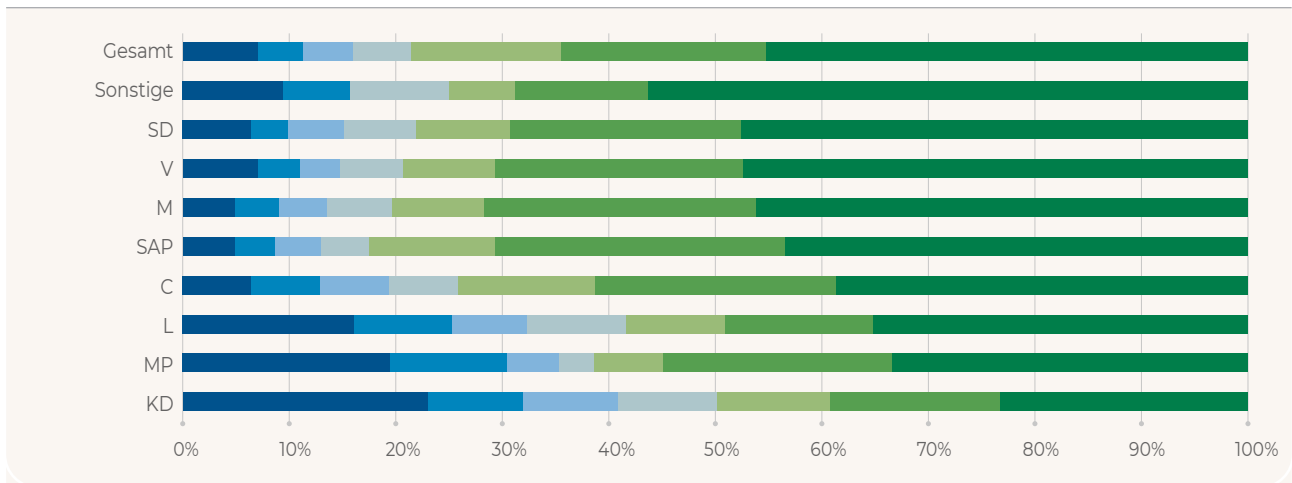
Weniger als 20 Prozent der Schwed*innen besuchen regelmäßig einen Gottesdienst. Wähler*innen von kleineren Parteien, SD und V gehen am seltensten in den Gottesdienst, während der Anteil derjenigen, die jeden Tag einen Gottesdienst besuchen, bei den Wähler*innen von KD am größten ist. Wie von einer christdemokratischen Partei zu

erwarten, ist der Anteil der Gottesdienstbesucher – alle Kategorien von Gottesdienstbesuchen eingeschlossen – bei den Wähler*innen von KD am höchsten. Allerdings sind grundsätzlich alle Parteien – mit Ausnahme von KD – zu Parteien der »säkularisierten Mehrheit« geworden, die nicht einmal an allen besonderen Feiertagen oder gar nicht an Gottesdiensten teilnimmt.

Abbildung 39 / Q11 – Teilnahme an Gottesdienst

Wie oft besuchen Sie Gottesdienste (abgesehen von besonderen Anlässen wie Hochzeiten und Beerdigungen)?

- Täglich
- Mehr als einmal pro Woche
- Einmal pro Woche
- Mindestens einmal im Monat
- Nur an Feiertagen
- Selten
- Nie



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
■	7,3%	6,7%
■	4,2%	4,6%
■	5,3%	3,7%
■	5,6%	5,4%
■	9,2%	9,7%
■	22,3%	25,4%
■	46,3%	44,5%

Alter

	18–24	25–34	35–44	45–54	55–64	65+
■	7,3%	13,8%	5,1%	5,4%	7,0%	4,9%
■	5,9%	7,0%	5,1%	3,2%	1,0%	4,5%
■	7,3%	8,5%	7,4%	2,2%	2,1%	2,4%
■	7,8%	10,2%	4,8%	6,0%	4,5%	1,9%
■	8,3%	8,1%	10,9%	12,4%	8,4%	8,5%
■	16,1%	16,5%	20,5%	26,1%	28,0%	29,7%
■	47,3%	35,9%	46,2%	44,6%	49,0%	48,1%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
■	4,9%	6,4%	8,7%
■	3,0%	4,0%	5,2%
■	2,4%	4,6%	5,5%
■	4,3%	6,3%	5,2%
■	9,5%	8,7%	10,2%
■	28,1%	22,4%	23,3%
■	47,8%	47,7%	41,9%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
■	8,2%	6,1%	6,8%	4,5%
■	4,3%	4,4%	5,1%	2,6%
■	4,1%	4,2%	7,2%	5,2%
■	4,9%	5,3%	7,9%	5,6%
■	9,4%	10,2%	7,5%	11,6%
■	23,2%	25,6%	22,0%	21,8%
■	45,9%	44,2%	43,6%	48,6%

Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
■	6,5%	5,6%	8,0%	6,1%
■	5,2%	6,3%	3,6%	3,0%
■	3,7%	9,6%	3,8%	3,5%
■	5,6%	8,1%	4,8%	4,2%
■	9,3%	11,0%	10,2%	7,2%
■	24,1%	20,6%	24,7%	23,9%
■	45,7%	38,8%	44,9%	52,1%

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE 6

- Das Bildungsniveau ist in der Regel ein aussagekräftiger Prädiktor für die Parteipräferenz, wobei Befragte mit höherem Bildungsniveau für Parteien der Mitte stimmen und Befragte mit niedrigerer Bildung in der Wählerschaft populistischer Parteien überrepräsentiert sind. Dies trifft auch auf Schweden zu; hier ist der Anteil der Wähler*innen mit mittlerem und niedrigem Bildungsniveau bei SD und V am höchsten. Auf der anderen Seite verfügt mehr als die Hälfte der Wähler*innen von MP, L und kleineren Parteien über ein höheres Bildungsniveau.
- Die Bedeutung der Religion nimmt in den westlichen Demokratien immer mehr ab – auch in Schweden, wo weniger als 20 Prozent der Befragten angeben, regelmäßig Gottesdienste zu besuchen. Die Wähler*innen der christdemokratischen KD gehen am häufigsten in den Gottesdienst, während Wähler*innen von SD, V und kleineren Parteien am seltensten an Gottesdiensten teilnehmen.

AUTOREN

Über Kieskompas (Wahlkompass)

Kieskompas ist ein unabhängiges wissenschaftliches Forschungsinstitut, das sich auf quantitative Datenanalyse, Meinungsumfragen und das Erstellen von Wählerprofilen spezialisiert hat. Es wurde 2006 von Dr. André Krouwel in Kooperation mit der Vrije Universiteit (VU) Amsterdam gegründet. Kieskompas hat sich als Marktführer in der Entwicklung und Innovation von Online-Wahlhilfen (Voting Advice Applications, VAAs) einen Namen gemacht, die von insgesamt mehr als 30 Millionen Menschen genutzt werden. Das Unternehmen ist eng in die wissenschaftliche Community eingebunden und beschäftigt ein Team ausgewiesener Forscherinnen und Forscher mit einem ausgeprägten Fokus auf Politikwissenschaft, Datenwissenschaft und Statistik. Besondere Bekanntheit erlangte das Unternehmen durch die Entwicklung einer Methode, mit der die Positionen politischer Parteien in länderspezifischen politischen Kontexten innerhalb der Online-Wahlhilfen visualisiert werden können. Diese Online-Tools wurden in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in mehr als 40 Ländern erarbeitet und generieren sehr umfassende N-Datensätze, die sich für vertiefte Analysen eignen.

André Krouwel

André Krouwel ist Professor für Vergleichende Politikwissenschaft und Kommunikation an der Vrije Universiteit (VU) Amsterdam und ist der Gründer des Unternehmens Kieskompas (Wahlkompass), das Online-Wahlhilfen entwickelt, mit denen Daten über Parteipositionen und Wählermeinungen erhoben und aufbereitet werden. Krouwels Forschungsschwerpunkte sind die öffentliche Meinungsbildung und politisch relevante Stimmungslagen, Wahlverhalten, politische Parteien und soziale Bewegungen. Darüber hinaus hat er im Rahmen seiner jüngsten Forschungen zu den Themen Verschwörungsglauben, Meinungsbilder im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie, wahlbeeinflussende Faktoren für europäische Randgruppenparteien sowie Euroskepsis publiziert.

Yordan Kutiyiski

Yordan Kutiyiski hat einen MSc-Abschluss in Politikwissenschaft von der VU Universität Amsterdam und einen MA-Abschluss in Lateinamerikastudien vom Zentrum für Lateinamerikaforschung und -dokumentation (CEDLA) an der Universität Amsterdam. Er arbeitet als quantitativer Forscher bei Kieskompas; zu seinen Forschungsinteressen gehören Wahlverhalten sowie europäische und lateinamerikanische Politik.



IMPRESSUM

FEPS – Foundation for European Progressive Studies

Avenue des Arts 46
1000 Brüssel
Belgien
info@feps-europe.eu
www.feps-europe.eu

Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.

Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Deutschland
info@fes.de
www.fes.de

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion bei der FEPS:
Ania Skrzypek, Direktor für Forschung und Ausbildung

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion bei der FES:
Ralf Hexel | Europäische Integration / Souveränes Europa

Kontakt / Bestellungen:
Adriana.Hornung@fes.de
Celine.Guedes@feps-europe.eu

Übersetzung aus dem Englischen: Christine Hardung

Design und Illustrationen:
pertext, Berlin | www.pertext.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die des Europäischen Parlaments, der Foundation for European Progressive Studies (FEPS) oder der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES oder FEPS herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES/FEPS nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

ISBN 978-3-98628-378-0

© 2022



www.fes.de/bibliothek/fes-publikationen



Diese Veröffentlichung wurde mit finanzieller Unterstützung des Europäischen Parlaments erstellt.

